



GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2012/3

Datum/Zeit	Donnerstag, 10. Mai 2012, 18.00 - 20.40 Uhr	
Ort	im Tellsaal, Bernstrasse 101, Ostermundigen	
Vorsitz	Werner Michael (FDP)	1
Mitglieder	Biner Jacques (SP)	
	Dogan Aziz (SP)	
	Grossniklaus Bruno (SP)	
	Kehrli Rudolf (SP)	
	Mahler Rudolf (SP)	
	Riesen Norbert (SP)	
	Schärer Liliane (SP)	ab 18.20 Uhr
	Weishaupt Jakob (SP)	
	Zeyer Christian (SP)	ab 19.15 Uhr
	Burkhalter Hans Rudolf (Grüne)	
	Hirt Bruno (Grüne)	
	Schär Roger (parteilos)	<u>12</u>
	Hausammann Hans Rudolf (SVP)	
	Hirsiger Ernst (SVP)	
	Müller Lucia (SVP)	
	Weber Beat (SVP)	
	Wegmüller Nadine (SVP)	
	Zaugg Gerhard (SVP)	ab 18.10 Uhr
	Zysset Walter (SVP)	<u>7</u>
	Bolliger Renate (EVP)	
	Schröer Christopher (EVP)	bis 19.40 Uhr
	Wagner Peter (EVP)	
	Wagner Rahel (EVP)	<u>4</u>
	Bendoza Thomas (FORUM)	
	Bruderer Walter (FORUM)	
	Rüfli Roland (FORUM)	
	Schaller Esther (FORUM)	
	Schenk Madeleine (FORUM)	<u>5</u>
	Leumann Beat (FDP)	
	Rutschi Raphael (FDP)	
	Schoop Henrik (FDP)	<u>3</u>
	Löhner Sandra (CVP)	
	Rippstein Eduard (CVP)	<u>2</u>
	Total anwesend	<u>34</u>
Mitglieder Gemeinderat	Baumgartner Gerhard (EVP)	
	Blaser Erich (SVP)	
	Ernst Synes (CVP)	
	Lüthy Ursula (Grüne)	

Panayides Aliko (SVP)
Thomann Andreas (SP)
Unteregger Schütz Regula (SP)
Wegmann Peter (FDP)
Zahler Christian (Gemeindepräsident SP) sowie
Gemeindeschreiberin Marianne Meyer

Protokoll Kumli Jürg, Ratssekretär

Entschuldigt abwesend *GGR-Mitglieder:*
Bracher Peter (SVP)
Brauner Fabian (SVP)
Fels Silvia (EVP)
Nova Colette (SP)
Wiedmer Rudolf (SP)
1 Sitz vakant (SVP)

Unentschuldigt abwesend --

TRAKTANDEN

- 2012-28 Protokoll Nr. 1 der GGR-Sitzung vom 16. Februar 2012; Genehmigung
- 2012-29 Büro des Grossen Gemeinderates (GGR): 1. Vizepräsident; Ersatzwahl
- 2012-30 Polizeikommission; Ersatzwahl
- 2012-31 Verwaltungsbericht 2011; Genehmigung
- 2012-32 Gemeinderechnung für das Jahr 2011; Genehmigung
- 2012-33 Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2012 - 2016: 2. Lesung; Genehmigung
- 2012-34 Wasserverbund Region Bern AG (WVRB AG): Änderung des Partnerschaftsvertrags; Genehmigung
- 2012-35 UeO Nr. 6 "Grube": Erschliessung Wasser und Abwasser; Bewilligung eines Nachkredits
- 2012-36 Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Infrastrukturvertrag "Oberfeld"; schriftliche Beantwortung
- 2012-37 Einfache Anfrage L. Müller (SVP) betreffend "Zimmermannhaus" (ehemaliges Bauernhaus an der Unteren Zollgasse), aktuelle Nutzung; schriftliche Beantwortung
- 2012-38 Orientierungen des Gemeinderates

- 2012-39 Überparteiliche Motion betreffend Kinderschutz durch Verkehrssicherung bei der Schulanlage Rüti; parlamentarischer Neueingang
- 2012-40 Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Verkehrs- und Wohnqualitätsfragen; parlamentarischer Neueingang
- 2012-41 Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Benützung der Bernstrasse durch den MIV; parlamentarischer Neueingang
- 2012-42 Einfache Anfrage H. Schoop (FDP) betreffend Ziele, Nutzen und Kosten des Verwaltungsberichtes; parlamentarischer Neueingang

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 3. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Pressevertretenden herzlich willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftgemäss publiziert worden ist.

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

Momentan sind 31 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

Die zwei neuen Parlamentsmitglieder Jakob Weishaupt (SP) und Walter Zysset (SVP) heisse ich im Plenum herzlich willkommen. Ich möchte den beiden Herren ein kleines Willkommenspräsent überreichen.

1. Gestützt auf Artikel 33 der GO des GGR nehmen zu den Traktanden Nr. 32 und 33 (Gemeinderechnung 2011 und Finanzplan 2012 - 2016) Herr Stefan Lanz, Finanzverwalter, und zu Traktandum Nr. 34 (WVRB) Herr Marc Sterchi, Abteilungsleitender Gemeindebetriebe, an der heutigen Sitzung teil.
2. Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
 - 7. Bring- und Holtag im Werkhof Ostermundigen vom Samstag, 12. Mai 2012.
 - Aufführungen des Theaters Madame Bissegger mit dem Stück „Bickini“ ab dem 14. Juni bis 15. September 2012 im Steingrübliareal
3. Die nächste Sitzung findet am 28. Juni 2012 statt.
4. Am Freitag, 8. Juni 2012 findet der "parlamentarische Töff-Ausflug" statt. Als Ersatzdatum ist der 22. Juni 2012 vorgesehen.
5. Am Freitag, 12. Oktober 2012 findet der diesjährige Ratsausflug statt.
6. Im Anschluss an die Sitzung treffen wir uns im Restaurant Schlüssel.

Traktandenliste

Das Traktandum Nr. 38: Orientierungen des Gemeinderates

- a. Küntigrube; Stand des Geschäftes (Sprecher: Ch. Zahler)
- b. Bericht ROD vom 1. Mai 2012 (Sprecher: Ch. Zahler)
- c. Neues Verwaltungszentrum im TELL (Sprecher: Ch. Zahler)

Parlamentarische Neueingänge

- Überparteiliche Motion betreffend Kinderschutz durch Verkehrssicherung bei der Rütischanlage
- Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Verkehrs- und Wohnqualitätsfragen
- Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Benützung der Bernstrasse durch den motorisierten Individualverkehr (miV)

- Einfache Anfrage H. Schoop (FDP) betreffend Ziele, Nutzen und Kosten des Verwaltungsberichts

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird mit den vorerwähnten Anpassungen stillschweigend genehmigt.

100.3.10.03 Protokollgenehmigungen GGR

28. Protokoll Nr. 1 der GGR-Sitzung vom 16. Februar 2012; Genehmigung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Gibt es Anmerkungen zum vorliegenden Protokoll?

Hans-Rudolf Hausammann (SVP): Auf Seite 1 wird erwähnt, dass ich erst ab 18.10 Uhr an der Sitzung teilgenommen habe. Dieser Sachverhalt stimmt nicht: Ich war während der ganzen Sitzungsdauer anwesend.

Ratspräsident: Es liegen keine weiteren Bemerkungen zum Protokoll vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll Nr. 1 der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 16. Februar 2012 wird genehmigt.

10.6.11 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

29. Büro des Grossen Gemeinderates (GGR): 1. Vizepräsident; Ersatzwahl

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Auf Vorschlag der SVP-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für den zurückgetretenen Markus Truog (SVP) wird Lucia Müller (SVP), Bahnhofstrasse 16, 3072 Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Juni 2012 bis 31. Dezember 2012, als 1. Vizepräsidentin in das Büro des Grosse Gemeinderat (GGR) gewählt.

10.6.13 Polizeikommission

30. Polizeikommission; Ersatzwahl

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Auf Vorschlag der SVP-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für den zurückgetretenen Markus Truog (SVP) wird Markus Müller (SVP), Bahnhofstrasse 16, 3072 Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Juni 2012 bis 31. Dezember 2012, als Mitglied der Polizeikommission gewählt.

10.1.31 Verwaltungsbericht der Gemeinde

31. Verwaltungsbericht 2011; Genehmigung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Zuerst wird über die Botschaft und anschliessend departementsweise über den Verwaltungsbericht diskutiert. Über allfällige Postulate gemäss Art. 53 Abs. 5 GO GGR hat das Parlament sofort abzustimmen.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Sandra Löhner (CVP): Im Namen der CVP-Fraktion danke ich für den vorliegenden Verwaltungsbericht 2011 und die damit verbundene Arbeit seitens der Verwaltung. Uns ist besonders das gelungene Titelbild mit den vielen Tulpen aufgefallen. Der Verwaltungsbericht gibt über den Arbeitsaufwand des letzten Jahres Auskunft.

Henrik Schoop (FDP): Dank dem Verwaltungsbericht (Seite 6) haben wir eine neues Mitglied gewonnen, herzlich willkommen in der FDP, Chris Schröer.

Man kann diesen Jahresbericht aus verschiedenen Perspektiven würdigen. Auf den ersten Blick ist es ein netter Bericht in altbekannter Form, der aufzeigen will, was gemacht und geleistet worden ist. Für uns Parlamentarier viel Altbekanntes und viele Details. In anderen Worten auch viel Arbeit in einem Bericht, der uns mit Ausnahmen nichts Neues sagt und sehr allgemein gehalten ist.

Im Rahmen unserer Kontrollfunktion stellen sich Fragen der Zielsetzung des Verwaltungsberichts und an wen sich dieser in der Gemeinde richten soll? Auf dieser Informationsgrundlage können wir wohl kaum unsere Arbeit ausrichten. Falls entsprechende Statistiken oder Details erforderlich sind, kann via Intranet oder E-Mail-Anfrage das Informationsbedürfnis abgedeckt werden.

Wir danken für diesen sogenannten „Rechenschaftsbericht“ - der beispielsweise auch keine Informationen über eine absehbare Renovation des Bernstrasse Schulhauses, Hinweis auf Gründe verzögerter Kreditabrechnungen oder Hinweise auf die wichtigen Spitex-Leistungen in unserer Gemeinde gibt.

Wir nehmen die Gelegenheit wahr anzuregen, um die Kommunikationsinhalte auch mit Blick auf unsere Bürger zu überdenken.

Aus professioneller Sicht entspricht der Bericht nicht mehr allen Anforderungen, was aus betriebs- oder verwaltungswissenschaftlicher Sicht gelehrt und erkannt worden ist. Damit wollen wir den Bericht nicht schlecht reden, sondern mit der soeben eingereichten einfachen Anfrage auf Verbesserungsmöglichkeiten verweisen.

Wir hoffen, damit dem Parlament, dem Gemeinderat wie der Verwaltung dienlich zu sein und damit dem Gebot von effektiven und effizienten Mittelverwendung - gemäss unserer Gemeindeordnung - nachzuleben.

¹⁾

¹⁾ Gerhard Zaugg (SVP) tritt um 18.10 Uhr der Sitzung bei. Neu sind 32 Ratsmitglieder anwesend

Walter Bruderer (FORUM): Danke fürs gut lesbare Werk, das wie immer eine grosse Menge von interessanten Informationen enthält. Den Neuzuzügern sollte die Broschüre zur Lektüre empfohlen werden.

Hans-Rudolf Hausammann (SVP): Wir von der SVP-Fraktion sind natürlich stolz auf das "Tulpen-Titelblatt". Besten Dank der Initiatorin Lucia Müller für die Aufwertung des Strassenbildes in Ostermundigen.

Rahel Wagner (SVP): Die Votanten am Rednerpult sind nur schwer verständlich. Die Mikrofonanlage scheint schlecht eingestellt zu sein.

Ratssekretär: Die Votanten werden gebeten, in das Mikrofon zu sprechen und nicht am Mikrofon vorbei.

Jacques Biner (SP): Besten Dank der Verwaltung für den Verwaltungsbericht 2011. Er ist wiederum sehr informativ ausgefallen. Wir begrüssen insbesondere den Vergleich der Zahlen mit dem jeweiligen Vorjahr (Angaben 2011 im Vergleich mit dem 2010).

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Zur Botschaft liegen keine Bemerkungen mehr vor. Somit starten wir mit der Detailberatung.

Eduard Rippstein (CVP): Eine Anmerkung zu

- Seite 14 bzw. 20: 1.8 Motion A. Thomann (SP) und Mitunterzeichnende vom 11. Dezember 2008 betreffend Schaffung von öffentlichen Werbeflächen für Mundiger Vereine

Im Jahre 2008 wurde die Motion eingereicht. Gott sei Dank haben wir in diesem Jahr bemerkt, dass das "Tram Region Bern" nach Ostermundigen kommt und bis ins Jahr 2013 sollen keine Werbeflächen geschaffen werden.

Für rund Fr. 20'000.-- wäre es für den Gemeinderat ein leichtes gewesen, ungefähr zwei Wände als zusätzliche Werbeflächen zur Verfügung zu stellen. Dann hätten die Vereine eine Plattform für die Reklamen ihrer Tätigkeiten resp. Anlässe erhalten und die Motion hätte abgeschrieben werden können.

Bruno Grossniklaus (SP): Eine Anmerkung zu

- Seite 14 bzw. 20: 1.8 Motion A. Thomann (SP) und Mitunterzeichnende vom 11. Dezember 2008 betreffend Schaffung von öffentlichen Werbeflächen für Mundiger Vereine

Auch unserer Fraktion ist die immer noch pendente Motion sauer aufgestossen. Es zeigt sich einmal mehr, dass die Legislative mit der "Blockierbarkeit" der Exekutive immer wieder Mühe bekundet. Das ist kein Ruhmesblatt für unseren Gemeinderat! Es verwundert deshalb nicht,

dass der Wunsch nach der Einführung "parlamentarische Initiative" vom Parlament grossmehrheitlich angenommen worden ist. Der Gemeinderat muss sich selber rügen.

Wir haben uns entschlossen, ein sogenanntes "unselbständiges Postulat" resp. Postulate gemäss Art. 53 Abs. 5 GO GGR betreffend Schaffung von öffentlicher Werbefläche einzubringen. Ich zitiere den Wortlaut:

1. *Der Gemeinderat wird gebeten, die Motion Andreas Thomann (SP) betreffend Schaffung von öffentlichen Werbeflächen für die Mundiger Vereine endlich umzusetzen.*
2. *Das Parlament wird bis spätestens September in geeigneter Form über die Umsetzung informiert.*

Es sind keine grossen finanziellen und arbeitstechnischen Aufwendungen für die Umsetzung notwendig. Dieser Wunsch sollte relativ schnell erledigt werden können.

- Seite 19: 1.4 Überparteiliche Motion vom 3. Juli 2008 betreffend Schaffung von zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen

Diese Motion unterliegt dem gleichen Problem wie die vorerwähnte Motion. Gemäss Wortlaut der Motion war vorgesehen, dass bis im Juli 2011 24 neue Kinderbetreuungsplätze geschaffen werden. Die sind in unserer Gemeinde Ostermundigen ein wichtiger Bestandteil. Wo viele Leute wohnen, sind insbesondere die Familien auf diese Kinderbetreuungsplätze angewiesen, damit beide Elternteile einer geregelten Arbeit nachgehen können. Bis jetzt konnten lediglich fünf neue KITA-Plätze geschaffen werden.

Im Jahre 2008 hat uns der damalige Departementsvorsteher, Urs Rüedi (SVP), versichert, dass die notwendigen Schritte sofort eingeleitet werden. Das ist ein weiteres Zeichen dafür, dass sich unser Gemeinderat nicht ausschliesslich mit Ruhmesblättern einkleidet. Die Motion wurde einstimmig überwiesen und der Gemeinderat hat für die Erfüllung der Motion bereits drei Jahre Zeit gehabt. Das sind umgerechnet rund 1'062 Tage oder 25'488 Stunden, die der Gemeinderat in dieses Projekt resp. Motion hätte investieren können.

2)

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich habe ein gewisses Verständnis für den Voredner in Bezug auf die öffentlichen Werbeflächen. Der Gemeinderat muss seine Haltung nochmals erläutern und kundtun, wo er diese öffentlichen Werbeflächen realisieren will und wo nicht. Es gibt auch Situationen resp. Anschlagstellen, welche sich für einen öffentlichen Aushang nicht eignen. Ich werde mich einem Postulat gemäss Art. 53 Abs. 5 GO GGR nicht verwehren.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Das Parlament hat über das Postulat gemäss Art. 53 Abs. 5 GO GGR betreffend Schaffung von öffentlicher Werbefläche sofort abzustimmen. Ich zitiere nochmals den Wortlaut:

²⁾ Liliane Schärer (SP) tritt um 18.20 Uhr der Sitzung bei. Somit sind 33 Ratsmitglieder anwesend.

1. *Der Gemeinderat wird gebeten, die Motion Andreas Thomann (SP) betreffend Schaffung von öffentlichen Werbeflächen für die Mundiger Vereine endlich umzusetzen.*
2. *Das Parlament wird bis spätestens September in geeigneter Form über die Umsetzung informiert.*

A b s t i m m u n g :

Das Postulat B. Grossniklaus (SP) gemäss Art. 53 Abs. 5 GO GGR betreffend Schaffung von öffentlicher Werbefläche wird einstimmig erheblich erklärt und zur Beantwortung an den Gemeinderat überwiesen.

Norbert Riesen (SP): Meine Ausführungen beziehen sich auf

- Seite 19: 1.3 Motion N. Riesen (SP) vom 14. Februar 2008 betreffend mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum

Ich möchte daran erinnern, dass die Motion seinerzeit einstimmig vom Parlament angenommen worden ist. Wir haben nun gut vier Jahre auf die Erledigung hin gewartet. Alles was zu dieser Motion vorliegt, kann im Verwaltungsbericht 2011 nachgelesen werden. Das gemeinderätliche Resultat ist für mich enttäuschend. Im vorliegenden Text fehlen die wichtigsten Fakten - es wird keine einzige Zahl erwähnt - dass im Gegensatz zum Verwaltungsbericht ab Seite 82, wo die ausführlichen Statistiken der Abteilung Öffentliche Sicherheit nachgelesen werden können. Es fehlen die Fakten wie zum Beispiel wie viele Patrouillen wie viele Präsenzstunden für die Kontrolle des öffentlichen Raumes ausweisen. Auch eine gewisse Begründung resp. Würdigung des Wortlautes der Motion fehlt gänzlich. Die Aussage im Verwaltungsbericht *...Mögliche Massnahmen im Zusammenhang mit der Auswertung werden anfangs 2012 in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Bern umgesetzt. Es zeigte sich jedoch kein zusätzlicher Bedarf im Sinne der Motion...* verstehe ich schlicht nicht.

- Hat man aufgrund dieser Umfrage nur auf mögliche Massnahmen reagiert?
- Wurden aufgrund dieser Umfrage mögliche Massnahmen umgesetzt?
- Wurden aufgrund dieser Umfrage mögliche Massnahmen geprüft und aus verschiedenen Gründen nicht umgesetzt?

Für mich ist das Ganze eine spannende Geschichte. Ausser einer "Liebeserklärung" von Aliko Panayides (SVP) habe ich zu diesem Thema nichts in Erfahrung gebracht. Ich stelle deshalb den **Änderungsantrag Nr. 1**, die Motion **nicht** abzuschreiben.

Die Motion ist im Parlament ordentlich zu traktandieren. Nach der Diskussion kann die Abschreibung mit einem guten Gewissen vorgenommen werden.

Eine Motion ist das stärkste parlamentarische Instrument (abgesehen der neuen parlamentarischen Initiative). Wenn ich eine einfache Anfrage gestellt hätte, so hätte ich bereits mehr als vorliegend als Antwort erhalten. Ich habe die Form der Motion gewählt, um dem Ganzen eine stärkere politische Gewichtung zu geben. Ich bitte das Parlament, die Motion nicht abzuschreiben.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Ich beantworte die Fragen von Norbert Riesen (SP) sehr gerne und möchte auch zum gemeinderätlichen Antrag Stellung nehmen:

Es ist ein ständiges Bedürfnis, die Sicherheit in Ostermundigen gewährleisten zu können. Der Grund, wieso der Gemeinderat die Motion abschreiben will, liegt darin, dass wir der Auffassung sind, keinen zusätzlichen Polizeischutz einkaufen zu müssen. Wir können mit unserem Polizeiinspektorat die Präsenz auf den Gemeindestrassen verbessern und die Fusspatrouillen verstärken. Einziger Nachteil: Das Polizeiinspektorat hat nicht mehr die gleichen Kompetenzen wie früher. Doch die vermehrte Polizeipräsenz bewirkt bereits einiges.

In Bezug auf die Aussage in der Bevölkerungsumfrage hat sich klar hervorgetan, dass die Verkehrssicherheit zuoberst bei den Bürgerinnen und Bürgern steht. Dies zusammen mit der Kriminalität und den Vandalismusdelikten. In Punkto Verkehrssicherheit sind wir schon tätig geworden: Es konnten Fussgängerstreifenaktionen durchgeführt werden. An die Bevölkerung wurden im Frühling Leuchtbänder verteilt. Die Sicherheit der Fussgängerstreifen wurde im ganzen Gemeindegebiet überprüft. Das Polizeiinspektorat wurde beauftragt, einen Bericht zu erstellen, der über die kleineren Verbesserungen im Verkehrssicherheitsbereich Auskunft geben soll. Momentan befinden wir uns im "Working Progress" - wir sind daran und deshalb haben wir die Abschreibung der Motion sehr eng abgefasst.

Die Motion kann natürlich auch bestehen bleiben. Das Polizeiinspektorat wird dem Parlament zu einem späteren Zeitpunkt eine ausführliche Berichterstattung vorstellen.

Walter Bruderer (FORUM): Ich bin froh, dass Norbert Riesen (SP) seinen politischen Vorstoss nicht abschreiben lassen will. Die Disziplin des Individualverkehrs ist nicht über alle Zweifel erhaben!

Aufgrund von Meldungen aus der Bevölkerung gaben wir bekannt, dass nicht alle Ostermündigerinnen und Ostermündiger überzeugt sind, die Kantonspolizei Sorge stets für gute Kontrollen des fliessenden Verkehrs. Wir erwähnten auch, dass das Befahren des Dreieckskreises für ortsunkundige Autofahrende zum Problem werden kann. Zuerst zeigen sie, von Gümligen her fahrend, das Verlassen des Kreises mit dem Rechtsblinker korrekt an, drehen aber im letzten Moment trotzdem noch nach links ab, weil sie gar nicht zum TELL, sondern in Richtung „Untere Zollgasse/Umfahrungsstrasse“ fahren wollen.

Welche Resultate liegen der Abteilung Öffentliche Sicherheit seitens der Kantonspolizei vor?

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Der Grund, wieso wir die Abschreibung der Motion vorgesehen haben, liegt darin, dass sich die Kantonspolizei in Bezug auf den Vertrag sehr flexibel gezeigt hat. Im Zusammenhang mit den Vandalismusserien haben wir auch den Kontakt zur Staatsanwaltschaft aufgenommen. Im Rahmen des Möglichen wird die Kantonspolizei auch Fusspatrouillen durch die Gemeinde Ostermundigen schicken. Wir stehen laufend, monatlich und im Krisenfall sogar wöchentlich bis täglich mit der Kantonspolizei in Kontakt. Es kann eine allseits förderliche Zusammenarbeit festgestellt werden. Das zur Verfügungstellen der finanziellen Mittel soll zur maximalen Sicherheit in der Gemeinde Ostermundigen führen. Es wird stets das Optimum angestrebt. Es sollen nicht nur

Zusatzstunden eingekauft werden, sondern das Ziel ist, eine gute Beziehung mit der Kantonspolizei zu pflegen.

Norbert Riesen (SP): Besten Dank Aliko Panayides für die interessanten Informationen. Ich möchte noch einen Aspekt erwähnen: Es gibt Studien und Sachlagen, die das subjektive Sicherheitsempfinden schlecht gegenüber der objektiven Sachverhalte erscheinen lassen. Das ist für mich ein Grund, über das Ganze offensiv sowohl im Parlament wie auch in der Bevölkerung zu orientieren. Es unterstützt mein Anliegen, dass wir die Motion heute nicht abschreiben und die Öffentliche Sicherheit weiterhin über die Sachlage informiert. Die Informationspflicht ist hoch zu gewichten!

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Ich werde in der Schlussabstimmung über jeden politischen Vorstoss einzeln abstimmen lassen.

Bruno Grossniklaus (SP): Nochmals kurz zur Motion Kinderbetreuungsplätze: Ich bitte den Departementsvorsteher um zusätzliche Informationen, damit ich nicht ein zusätzliches Postulat gemäss Art. 53 Abs. 3 GO GGR einreichen muss.

Departementsvorsteher Vormundschaft/Justiz Erich Blaser (SVP): Die Aussage von Bruno Grossniklaus (SP) ist richtig: Es wurden zusätzliche 24 KITA-Plätze gefordert. Der Gemeinderat muss die Gesuche für die zusätzlichen KITA-Plätze jährlich beim Kanton einreichen. Im Jahre 2011 wurden uns fünf zusätzliche Plätze zugesichert. In diesem Jahr haben wir wiederum ein Gesuch eingereicht und zwei weitere Plätze sind bereits zugesichert worden. Das weitere Vorgehen sieht in Bezug auf eine Aufstockung auf die insgesamt geforderten 24 Plätzen vor, dass die Gemeinde Ostermundigen die restlichen Plätze auf Gemeindegeldern installieren und finanzieren muss. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass die momentane finanzielle Situation die Installation dieser zusätzlichen Plätze nicht zulässt.

Im Zusammenhang mit der Überbauung Oberfeld zeichnet sich eine zusätzliche, private KITA-Lösung ab. Der Gemeinderat ist mit dieser Institution in Verhandlung. Beim Kanton ist ein entsprechender Antrag zu stellen. Die private KITA kann nur dann realisiert werden, wenn ein Drittel der Kosten von der Gemeinde Ostermundigen getragen wird. Die Verhandlungen sind im Gange. Ich werde das Parlament zu einem späteren Zeitpunkt über den Stand des Geschäftes informieren.

Hans-Rudolf Burkhalter (Grüne): Ich beziehe mich auf

- Seite 20: 1.9 Motion SP-Fraktion vom 11. Dezember 2008 betreffend Ostermundigen beschafft nachhaltig

Es ist gut, diesen politischen Vorstoss im Zusammenhang mit dem Energierichtplan zu behandeln. Es muss dringend beachtet werden, dass die Energie laufend nachhaltig beschafft wird und nicht zugewartet werden kann, bis der Energierichtplan vorliegt.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Zu den Motionen und Postulaten liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat kann sich nun departementsweise zum Verwaltungsbericht 2011 äussern.

Bruno Hirt (Grüne): Ich beziehe mich auf

- Präsidiales Seite 35: 11.2 Lehrstellen Fachfrau KITA

Es werden zwei Wohngruppen resp. KiTas geführt und nach geltendem Recht dürfen zwei Lernende (maximal 4) ausgebildet werden. Wieso wird nur eine Lehrstelle angeboten? Zwei Lehrstellen würden der Gemeinde Ostermundigen gut anstehen, zumal die Ausbildung für die Fachfrau/Fachmann Betreuung, Fachrichtung Kinderbetreuung eine sehr zukunftsorientierte und aktuelle ist. In der Schweiz wollen über 2'360 Lernende diese Ausbildung in Angriff nehmen. Die Gemeinde Ostermundigen hat hier eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Departementsvorsteher Vormundschaft/Justiz Erich Blaser (SVP): Bruno Hirt, besten Dank für den Vorstoss. Ich nehme dein Anliegen entgegen und werde dieses verwaltungsmässig prüfen. Wenn die Möglichkeit besteht, wird einer zusätzlichen Lehrstelle nichts im Wege stehen.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen, setzen wir die departementsweise Beratung fort.

Rudolf Mahler (SP): Ich beziehe mich auf

- Tiefbau Seite 54 - 1.1 Tram Region Bern: Infrastrukturen der Gemeinde

Das "Tram Region Bern" ist im ganzen Verwaltungsbericht 2011 ein wichtiges Thema. Besten Dank an die Abteilung Tiefbau für die interessanten Berichte aus den verschiedenen Tätigkeitsbereichen. Das Projekt "Tram Region Bern" ist wichtig für Ostermundigen. Das erkennt man im Verwaltungsbericht.

Im Abschnitt „Planungen im Projektierungsstadium“ tauchen immer wieder Formulierungen wie „im Zusammenhang mit dem Tram Region Bern zu lösen“ oder „bis zum Zeitpunkt der Tramrealisierung zu warten“ auf. Es geht dabei um die beiden Abschnitte Bernstrasse West und Ost, die Umgestaltung des Dreiecks inkl. Park, die Haltestelle Rüti, die Naturzone Rüti und viele Details, die dem Gesicht Ostermundigen ein gewaltiges und dringend notwendiges "Facelifting" verpassen werden.

Wir können uns darüber freuen, dass das Projekt "Tram Region Bern" auf guten Wegen ist. Auch für die wichtige zweite Tramachse durch die Stadt Bern konnte nun eine Lösung gefunden werden, so dass auch dieser Stolperstein wahrscheinlich in Bälde aus dem Weg geräumt werden kann. Ich bin darum sehr zuversichtlich, weil ich in der Tramkommission immer wieder erlebt habe und erlebe, wie die Planer sich dafür einsetzen, überall die besten Lösungen in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und den Betroffenen zu finden. Als Beispiel erwähne ich nur die elegante Lösung der Tramstation "Rüti" mit Unterführung des Rütiwegs, also ohne

Kollisionsgefahr mit dem Individualverkehr und die verbesserte, nun zweigleisige Linienführung bei der Kreuzung Bernstrasse/Rütiweg beim oberen Coop.

Es liegt an uns gut informierten Parlamentariern, unsere positive Einstellung zum Projekt "Tram Region Bern" an die Bevölkerung in Ostermundigen weiter zu geben. Spätestens im übernächsten Jahr werden es ja die Stimmbürger sein, die zu diesem Zukunftsprojekt Stellung nehmen dürfen. Dabei muss man auch immer wieder darauf hinweisen, dass Ostermundigen ohne Tram Region Bern die Infrastrukturaufgaben an Strassen und Plätzen ohnehin machen müsste, aber zum Beispiel den grosszügigen Umsteigepunkt in der erweiterten Bahnhofunterführung keines Falls realisieren könnte. Ostermundigen wird also in jeder Hinsicht in hohem Masse vom Projekt "Tram Region Bern" profitieren.

Jacques Biner (SP): Ich beziehe mich auf

- Gemeindebetriebe Seite 74 - 5.2.1 Erweiterung Freibad

Es freut uns natürlich zu lesen, dass die Erweiterung des Freibades auf grossen Erfolg bei den Jugendlichen stösst. Dank der Volksmotion, lanciert von der SP und im GGR von allen Fraktionen unterstützt, ist ein Projekt zu Gunsten unserer Jugend realisiert worden. Wenn wir nicht möchten, dass die Jungen "umehange," muss man weiterhin solche Projekte initialisieren. Die Jungen sind unsere zukünftigen Arbeitskräfte, Familien und schlussendlich Steuerzahlenden. Vergessen wir das nicht.

Bruno Grossniklaus (SP): Ich beziehe mich auf

- Soziales Seite 89 - 2.2 Sozialhilfestatistik

Mich persönlich macht die Situation in der Statistik 2.2.1.4 "Alter der von materieller Hilfe betroffenen Personen" sehr traurig. Fast die Hälfte der betroffenen Personen sind Jugendliche in meinem Alter (Kinder und junge Erwachsene). Es wird immer wieder erwähnt, dass die Jungen die Zukunft unserer Gesellschaft seien. Das ist der Personenkreis, welcher unsere Demokratie, unseren Staat auf den Schultern tragen wird. Doch dieser Personenkreis hat grosse Probleme. Auch ich wurde von meiner Mutter alleine erzogen und wir mussten uns stets nach der finanziellen Decke strecken. Wir als Gesellschaft müssen für die Jugendlichen einstehen und ihnen helfen! Ansonsten sehe ich schwarz für unsere Zukunft.

Peter Wagner (EVP): Ich beziehe mich auf

- Soziales Seite 88 - 2.1 Allgemeines

Wie jedes Jahr ist auch für 2011 wieder ein sehr informativer und interessant zu lesender Verwaltungsbericht entstanden. Die EVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und dem Personal aller Verwaltungsabteilungen ganz herzlich für ihren grossen Einsatz zum Wohl der Ostermundiger Bevölkerung! Ohne sie alle wäre ein Zusammenleben, mit ihren Diensten in seiner Vielfalt, undenkbar.

Die Stichworte "Zusammenleben und Dienste" haben mich auf die Zusammenarbeit der „Sozialdienste Ostermundigen“ mit dem AMI (d. h.: Arbeitsmarktliche Massnahmen Ittigen) ge-

bracht. Unter Hochbau, Kapitel 5.3 Velo-Hauslieferdienst und Velo-Station, aufgeführt, wäre für die soziale und berufliche Integration von Langzeitarbeitslosen der Betrieb eines Velo-Hauslieferdienstes auf Anfang 2013, durch Unterstützung des Kantons Bern, möglich. Diese Gelegenheit zur Unterstützung der Langzeitarbeitslosen sollte sich Ostermundigen nicht entgehen lassen! Damit wäre ein Beitrag für jene Menschen möglich, die sich wieder eine Zukunftsperspektive geben wollen. Die Möglichkeit der Stationierung eines solchen Velo-Hauslieferdienstes wäre kurzfristig auf dem Tellareal möglich und damit ein Anfang gemacht.

Im Kapitel Soziales unter 2.1 ist die gute Zusammenarbeit des AMI mit den sozialen Diensten von Ostermundigen erwähnt, aber auch eine lange Warteliste der Arbeitswilligen. Es wäre sinnvoll, diese Leute in Ostermundigen zu beschäftigen, auch wenn das unter der Leitung des AMI als offiziellen Integrationspartner der Gemeinde Ostermundigen sein würde. Durch den Unterstützungsbeitrag des Kantons Bern wird Ostermundigen finanziell nicht zusätzlich belastet, da dieser Beitrag die Kosten voll decken wird.

Das ist ein kleiner Vorschlag, durch meine persönliche „Optik“ geprägt.

Departementsvorsteher Soziales Gerhard Baumgartner (EVP): Das Votum von Bruno Grossniklaus (SP) entspricht den heutigen Tatsachen. Mit diesem Problem müssen wir uns auseinandersetzen. Wer in Ostermundigen lebt, macht sich Gedanken zu den Sozialwerken und will wissen, was die Gemeinde Ostermundigen in diesem Bereich unternimmt.

Leute zu beschäftigen, kostet Geld. Wir müssen Fachpersonen anstellen. Doch oftmals fehlen uns die notwendigen finanziellen Mittel. Immer wieder muss die Situation neu überprüft werden. Doch wir hoffen, dass uns für die vorgesehenen Projekte genügend finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Der Weg zum AMI nach Ittigen muss bestehen bleiben. Längerfristig soll diesem Personenkreis wieder eine geregelte Tagesstruktur und Beschäftigung zur Verfügung gestellt werden können. Schlussendlich wird sich die verbesserte arbeitsmarktliche Situation auch finanziell auszeichnen.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Zum Verwaltungsbericht 2011 liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) hat gemäss Art. 57 Abs. 1 Ziff. g) die Schlussabstimmung vorzunehmen. Wir stimmen über den gemeinderätlichen Antrag Ziffer für Ziffer einzeln ab.

B e s c h l u s s :

1. Der Verwaltungsbericht 2011 wird einstimmig genehmigt.
2. Gestützt auf den Bericht über den Stand der unerledigten Motionen und Postulate per 31. Dezember 2010 und aufgrund von Artikel 53 Absätze 8 und 9 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 26. Oktober 2000 mit Änderungen vom 27. Oktober 2011 werden folgende parlamentarische Vorstösse als erledigt abgeschrieben:
 - a. Überparteiliche Motion vom 17. März 2005 betreffend Einführung einer Arbeitsgruppe mit paritätischer Beteiligung der politischen Parteien zur Erstellung eines In-

- tegrationsleitbilds/Handlungskonzepts für Migrantinnen und Migranten (--> *einstimmig*)
- b. Motion N. Riesen (SP) vom 14. Februar 2008 betreffend mehr Polizeipräsenz im öffentlichen Raum (--> *mit 29 zu 2 Stimmen **nicht** abschreiben*)
 - c. Postulat EVP-Fraktion vom 25. März 2010 betreffend Weiterführung des Eltern-Kind-Treffs (--> *einstimmig*)
 - d. Postulat SVP-Fraktion vom 19. Mai 2011 betreffend „Vandalismus 2“ (--> *mit 26 zu 3 Stimmen*)
3. Das Postulat B. Grossniklaus (SP) betreffend Schaffung von öffentlicher Werbefläche wird einstimmig erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.

20.3.01 Jahresrechnungen

32. Gemeinderechnung für das Jahr 2011; Genehmigung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Zuerst ist die Debatte über die Botschaft und anschliessend über die Rechnung 2011 zu führen. Über allfällige Postulate gemäss Art. 53 Abs. 5 GO GGR hat das Parlament sofort abzustimmen.

Walter Bruderer (FORUM): Selbstverständlich ist es sehr erfreulich, dass die Rechnung besser als budgetiert abschliesst. Dass das Soll und das Ist nicht überall übereinstimmen, ist wegen der vielen Abhängigkeiten von Kanton und von Dritten nachvollziehbar und logisch. Wir werden der Rechnung 2011 zustimmen.

2. Vizepräsidentin Renate Bolliger (EVP): Zur Gemeinderechnung gibt es nicht sehr viel zu sagen, sie ist ja bereits Vergangenheit. Somit würde sich mit langen Ausführungen warum und weshalb auch nichts mehr ändern. Aber natürlich sind wir von der EVP-Fraktion erfreut, dass die Rechnung besser als erwartet abschliesst. Dies entlastet doch ein wenig nach den zum Teil unschönen Debatten im letzten Jahr. Die haben uns als EVP nicht mehr so gefallen.

Einerseits ist das Ergebnis der Gemeinderechnung immer ein wenig wie eine Lotterie. Vieles lässt sich im Budget nicht voraussehen und schliesst besser oder schlechter als erwartet ab. Dieses Mal haben wir wieder einmal auch etwas Glück gehabt.

Andererseits sehen wir jedoch auch, dass der Sparwillen in der Verwaltung zu greifen beginnt. Der Personal- und der Sachaufwand liegen tiefer als budgetiert. Das sind für uns sehr positive Signale, dass der Gemeinderat sorgfältig hinschaut und versucht, die Ausgaben möglichst tief zu halten.

Da können wir nur sagen: Weiter so! Wir danken dem Gemeinderat und dem Personal für die sorgfältige Arbeit und für den verbesserten Rechnungsabschluss.

Jacques Biner (SP): Die Gemeinderechnung 2011 schliesst um 2,8 Mio. besser als geplant ab. Dies ist zum Glück in den letzten Jahren fast immer der Fall gewesen. Zusammengefasst kann man drei wichtige Punkte hervorheben, die zu diesem Ergebnis geführt haben:

1. Die höheren Steuern der juristischen Personen (+854'000): Erfreulich, aber die Konjunktur lässt nicht hoffen, dass diese Erträge auch im nächsten Jahr auf diesem Niveau bleiben.
2. Die Bussen haben 1,2 Mio. Franken mehr als geplant in die Kasse gebracht: Mit dem Lerneffekt ist es nicht sicher, dass im nächsten Jahr auch wieder soviel Bussengelder eingefordert werden können. Die Gemeindefinanzen mit Bussengeldern zu sanieren, lässt einen faden Nachgeschmack offen. Diese Bussen sollten jedoch zur Verkehrssicherheit beitragen.
3. Die Einsparungen beim Sachaufwand von 0,7 Mio. Franken sind mehr als erfreulich. Dies bedeutet, dass die Verwaltung den Hinweis der letzten Budgetdebatte verstanden hat

und dass alle dazu beigetragen haben. Diese Einsparungen sind ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung.

- Leider lagen die Einkommenssteuern unter den Erwartungen. Diese Steuer ist die stabilere Einnahmequelle.
- Es ist auch wichtig, dass das Verwaltungsvermögen um rund 1,2 Mio. Franken mehr abgeschrieben worden ist als geplant. Die Verwaltung hätte auch verzichten können, um die Rechnung zu beschönigen.
- Leider hat sich der Selbstfinanzierungsgrad verschlechtert. Andererseits hat sich der Zinsbelastungsanteil dank den guten Zinskonditionen verbessert.
- Die Lage ist ernst aber nicht aussichtslos.

Die Verwaltung hat bewiesen, dass sie sich auf die notwendigen Anstrengungen einstellen und Sparmassnahmen einleiten kann. Es soll so weitergehen und es liegt auch an uns Parlamentsmitgliedern, sie zu unterstützen. Die gleichen Anstrengungen müssen ebenfalls in Richtung Entwicklung weiterverfolgt und eingeleitet werden.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion wird der Gemeinderechnung zustimmen. Besten Dank der Verwaltung, dass die Rechnung besser als budgetiert ausgefallen ist. Eine vorsichtige Budgetierung können wir unterstützen. Vor Überraschungen müssen wir uns in acht nehmen. Den finanziell steinigem Weg können wir noch lange nicht verlassen.

Raphael Rutschi (FDP): "Glück im Unglück!" Wir schliessen nur mit einem Defizit von 2,8 Mio. Franken statt einem Defizit von 4,6 Mio. Franken ab. Dieser Umstand ist selbstverständlich nicht nur Glück, sondern auch auf Sparbemühungen der Gemeinde zurück zu führen. Man könnte noch hinterfragen, ob die neue Radarfalle, die jetzt in beide Richtungen misst, bewusster Teil dieser Sparbemühungen war. Falls ja, ist sie gelungen! Hat uns die sagenhafte 1,2 Mio. Franken Mehreinnahmen gesichert, nebst dem, dass sie natürlich positiven Effekt auf die Verkehrssicherheit hat.

Ein Punkt, der aus unserer Sicht angegangen werden muss, sind die teils sehr alten Verpflichtungskredite, bei denen seit langer Zeit keine Einnahmen resp. Ausgaben mehr geflossen sind, die jedoch nach wie vor nicht abgerechnet wurden. Wir bitten die Verwaltung, darauf ein Auge zu haben.

Wir denken aber, es wird aus der Jahresrechnung 2011 insgesamt ersichtlich, dass vor allem auch bei den Personal- und Sachaufwendungen Sparmassnahmen umgesetzt werden konnten. Und da kann ich als Finanzfachmann einer städtischen Direktion aus eigener Erfahrung sprechen, diese Massnahmen sind die spürbaren Massnahmen.

In diesem Rahmen wollen wir von der FDP-Fraktion unsere Anerkennung und unseren Dank aussprechen für die fleißige Arbeit der Gemeinde Ostermundigen im 2011 und unterstützen das vorliegende Geschäft.

Ernst Hirsiger (SVP): Die Gemeinderechnung 2011 ist das Ergebnis einer Ausgaben- und Investitionspolitik der Gemeinde Ostermundigen. Aus der Sicht der SVP-Fraktion allerdings zu

wenig hinterfragt, welche vom Parlament in seiner Mehrheit bis heute, unterstützt wird. Budgetiert war für das Jahr 2011 ein Aufwandüberschuss von Fr. 4'556'655.--. Erfreulicherweise schloss die Rechnung um Fr. 2'759'160.98 besser als budgetiert ab. Das Rechnungsergebnis ist nun also nicht mehr tiefrot, sondern nur noch rot. Diese Tatsache verschafft der SVP-Fraktion, wie vermutlich den anderen Fraktionen auch, eine gewisse Erleichterung. Ein Aufwandüberschuss von Fr. 1'807'494.02 ist aber trotzdem kein Pappenstiel.

Es besteht deshalb kein Grund, nun in Jubel auszubrechen und auf weitere Sparbemühungen zu verzichten. In den nächsten Jahren bleibt die finanzielle Lage für die Gemeinde Ostermundigen weiterhin angespannt. Sparpotenzial findet sich nicht nur bei den freiwilligen Beiträgen der Gemeinde, wie von der Exekutive gerne ins Feld geführt wird, sondern durchaus teilweise bei den geplanten Investitionen.

Ein absolutes „No Go“ aus Sicht der SVP-Fraktion bleibt die in der veröffentlichten Pressemitteilung des Gemeinderates geäusserte Absicht, die Gemeindefinanzen in erster Linie mit Mehreinnahmen zu verbessern.

Die SVP-Fraktion stimmt der Rechnung 2011 mit wenig Begeisterung zu. Sie verdankt dem Gemeinderat und der Verwaltung die geleistete Arbeit.

Bruno Grossniklaus (SP): Es ist erfreulich, dass wir mit einem kleineren Defizit als budgetiert die Gemeinderechnung 2011 abschliessen können. Trotzdem möchte ich noch auf einen kleinen Punkt aufmerksam machen: Wir haben uns mehrfach zum Sparen bekannt. Die wenigen Mittel, welche uns zur Verfügung stehen, müssen wir möglichst effizient einsetzen. Es ist richtig und für die linke Fraktionsmehrheit verständlich, dass wir nicht Steuern erheben, wo keine notwendig sind. Es gilt nach wie vor zu beachten, dass wir statt tiefrote heute immer noch rote Zahlen ausweisen.

Wenn die kantonalen Parlamentsmitglieder sich vollumfänglich für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger einsetzen, dann hätten wir weniger Steuerausfälle zu verzeichnen (kantonale Steuergesetzrevision) und die Gemeinde Ostermundigen könnte statt rote sogar rosa Finanzzahlen ausweisen.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Zu den einzelnen Konti (Detailberatung) liegen aus dem Plenum keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die übrigen Abschreibungen von Fr. 1'179'145.80 - zu Lasten der Spezialfinanzierung „Abgeltung Planungsvorteile und Nutzungsabgaben durch Dritte“ (Konto 2281.101) - werden genehmigt.
2. Die übrigen Abschreibungen von Fr. 256'887.-- auf dem Restbuchwert des Kehrrichtfahrzeuges zu Lasten der Spezialfinanzierung „Abfallbeseitigung“ (Konto 2280.103) werden genehmigt.

3. Die Gemeinderechnung 2011, abschliessend mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 1'807'494.02, wird genehmigt.
4. Der Aufwandüberschuss wird dem Eigenkapital (Konto 2390.101) belastet.

20.2.00 Allgemeines

33. Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2012 - 2016: 2. Lesung; Genehmigung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Eduard Rippstein (CVP): Wir haben den Finanzplan studiert und wir sind mit diesem nicht wirklich glücklich. Im Dezember 2011 hat das Parlament dem Gemeinderat Sparaufträge erteilt. Die Rechnung 2011 fällt unvorhergesehen besser aus und der Gemeinderat hat aus diesem Grund am Finanzplan keine gravierende Änderungen vorgenommen.

Seit dem Februar 2012 pfeifen es die Spatzen von den Dächern: Das neue Verwaltungszentrum an der Poststrasse 6 kommt nicht in die "Kränze". Im Finanzplan wird dieses Angebot nach wie vor ausgewiesen. Dafür wird der Standort "Tellareal" für das neue Verwaltungszentrum in keiner Weise erwähnt.

3)

Raphael Rutschi (FDP): Die Finanzlandschaft bietet im Moment und auch in naher Zukunft wenig Erfreuliches. Die kantonalen Steuergesetzrevisionen vermindern die Steuereinnahmen und unumgängliche Sanierungen fordern ihren Preis.

Die bewegliche Masse ist in einem Finanzhaushalt eines öffentlichen Gemeinwesens in der Regel sowieso eher begrenzt. In dieser zweiten Version sind die positiven, aber auch die negativen Erkenntnisse aus dem Jahre 2011 mit eingerechnet worden, womit letztlich die Vorgaben des Parlamentes erreicht werden.

Wir gehen davon aus, dass die Verbesserungen beim Sach- und Personalaufwand im Jahre 2011 Sparbemühungen waren, die somit für die Planperiode 2012 bis 2016 unverändert weitergeführt werden. Wir sind somit gegenüber dem Finanzplan positiv eingestellt.

Eine gewisse Manövriermasse stellen bei diesem Finanzhaushalt vielleicht noch die Investitionen dar, wo man sich höchstens bei einzelnen Vorhaben fragen könnte, ob diese tatsächlich so hoch zu priorisieren sind.

Wir von der FDP-Fraktion stehen ein für eine möglichst attraktive Wohngemeinde. Trotzdem muss das Gleichgewicht zwischen sparsamem Umgang und Attraktivitätsförderung in der Waage gehalten werden. In diesen Jahren überwiegt wohl die Waagschale des Sparens eher. Deshalb werden wir von der FDP-Fraktion auch in Zukunft kritisch auf die geplanten Investitionen blicken.

Ich denke, wir sollten sowieso nicht vergessen, dass der Finanzplan letztlich ein rollendes, mittel- bis langfristiges Instrument ist. In diesem Sinne unterstützen wir von der FDP-Fraktion den Finanz- und Investitionsplan 2012 bis 2016, der in unseren Augen gelungen ist, und danken auch hier für die getroffenen Massnahmen und für die Einhaltung der Vorgaben bestens.

³⁾ Christian Zeyer (SP) tritt um 19.15 Uhr der Sitzung bei. Somit sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

2. Vizepräsidentin Renate Bolliger (EVP): Auch die EVP-Fraktion hat im Dezember mitgeholfen, den Finanzplan zurückzuweisen. Auch uns ist es ein dringendes Anliegen, dass Ostermundigen die Finanzen im Griff hat und es nicht zu einem Finanzdebakel kommt. Wir haben darum inhaltlich die Forderungen des runden Tisches unterstützt, dass der Finanzplan am Ende der Planungsperiode keinen Fehlbetrag im Eigenkapital ausweisen darf.

Mit den Sparbemühungen haben wir uns alle Druck aufgesetzt und dem Gemeinderat wurde durch die Zurückweisung des Finanzplans zusätzlich Druck aufgesetzt. Nun hat der Gemeinderat mit der zweiten Fassung des Finanzplans ein Resultat erreicht, welches doch eine Verbesserung darstellt. Am Ende der Planungsperiode weist das Eigenkapital nun noch mehr als ein Steuerzehntel aus.

Im Gegensatz zu andern hat die EVP-Fraktion nie gezweifelt, dass der Gemeinderat nicht versucht, die Möglichkeiten zum Sparen auszuloten. Mit mehr Druck und auch mit einer guten Hand gibt es offenbar schon noch Sparpotential.

Wir als EVP-Fraktion hoffen sehr, dass die Zusammenarbeit betreffend Finanzen zwischen Gemeinderat und Parlament in diesem Jahr konstruktiv ausfällt.

Keine Frage, wir können uns nun sicher nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Aber gegenseitige Vorwürfe fördern das Vertrauen nicht und führen uns nicht weiter. Nur miteinander und nicht gegeneinander können wir das Ziel erreichen.

Die EVP-Fraktion ist weiterhin zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit und wir hoffen, dass die Massnahmen, die Gemeindefinanzen im Lot zu halten, auch in Zukunft Früchte zeigen werden. Wir werden dem vorliegenden Finanzplan zustimmen.

Ernst Hirsiger (SVP): Der Finanzplan "Steuerhaushalt" wurde vom Parlament an der Sitzung vom 15.12.2011 in der ersten Fassung mit der Forderung, dass Ende 2016 noch mindestens ein Eigenkapital von einem Steuerzehntel ausgewiesen werden kann, zurückgewiesen. Dieses Ziel sollte nicht mit Mehreinnahmen, sondern mit Ausgabenkürzungen erreicht werden.

Der Gemeinderat legt nun einen aktualisierten Finanzplan vor. Dank besserem Rechnungsabschluss 2011 und einer erwarteten Verbesserung des Verhältnisses der Ausgaben und Einnahme von Fr. 200'000.-- für das Jahr 2013 sieht der Gemeinderat die Forderungen des Parlaments erfüllt und keinen weiteren Handlungsbedarf mehr.

Die vorliegende Fassung des Finanzplans hat nach Einschätzung der SVP-Fraktion eine fachtechnische und eine politische Komponente. Fachtechnisch ist der Finanzplan in der vorliegenden Fassung nicht zu kritisieren. Politisch betrachtet, sieht die Beurteilung etwas anders aus. Der Gemeinderat war offensichtlich nicht bereit, die Finanzplanung 2012 - 2016 grundlegend zu überarbeiten und die geplanten Investitionsvorhaben nochmals auf ihre Notwendigkeit und Dringlichkeit für die Gemeinde auf den Prüfstand zu stellen. Er hält weiterhin an seiner Finanzstrategie, die Gemeindefinanzen in erster Linie über Mehreinnahmen zu verbessern, fest. Die SVP-Fraktion findet diese Grundhaltung bedauerlich und ist enttäuscht. Sie vermisst den sportlichen Ehrgeiz, die Ausgabenseite des Gemeindehaushaltes weiter zu entlasten.

Der Gemeinderat führt ins Feld, dass ein wesentlicher Grund für die aktuell unerfreuliche finanzielle Lage der Gemeinde in den kantonalen Steuergesetzrevisionen der Jahre 2009 und 2011 begründet liegt. Diese führten bei der Gemeinde Ostermundigen zu Steuerausfällen von

ca. 2,5 Mio. Franken pro Jahr. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat das Parlament an seiner Sitzung vom 15.12.2011 Steuererhöhungen im Ausmass von ca. 2 Mio. Franken zugestimmt. Die Steuerausfälle für die Gemeinde sind also weitgehend eingepreist.

Die SVP-Fraktion stimmt der vorliegenden Fassung des Finanzplans deshalb nur widerwillig zu.

Walter Bruderer (FORUM): Danke für die Realisierung des Parlamentsziels, am Ende der Finanzplanperiode ein Eigenkapital von mindestens einem Steuerzehntel auszuweisen. Trotz unserem Dank für die Informationen sind wir überzeugt, dass die Gemeinde mit diesem Finanzplan nicht in Richtung von problemlosen Finanzzeiten steuert. Warum nicht? Ein paar Bemerkungen seien mir dazu erlaubt:

- Obschon die Steuern bleibend erhöht worden sind, ist keine entscheidende Besserung in Sicht.
- Fürs 2012 ist auf Seite 10 der Broschüre ein Steuerertrag von 39,443 Mio. Franken aufgeführt. Auf der Seite 11 beträgt er aber nur 38,8 Mio. Franken. Warum ist er dort über 600'000 Franken tiefer?
- Die auf die Zeit nach 2016 geplanten Investitionen im Verwaltungsvermögen zeigen, dass ab 2017 eher höhere Beträge zu erwarten sind. Im Steuerhaushalt von 2012 bis 2016 betragen sie durchschnittlich 6,4 Mio. Franken pro Jahr, jene ab 2017, auch auf 5 Jahre aufgeteilt, liegen bei fast 9 Mio. Franken, d. h. bei fast 40 % mehr als bis anhin.
- Bei den Investitionen fürs Tramprojekt ist bisher im Projekt immer ohne die MWSt. von 8 % gerechnet worden.
- Warum sind die Investitionen für die Bahnhofunterführung und den Rütitunnel nur der Prioritätsstufe 3 zugeteilt?
- Nicht bekannt ist, aus welcher Kasse der unterirdische Fuss-/Veloweg bezahlt wird, der zwischen der Poststrasse und dem Schermenweg vorgesehen ist.
- Seit 2007 sind in jedem Finanzplan Fr. 50'000.-- für die „Promotion Bahnhofareal“ eingesetzt. Investoren, die Bauabsichten angekündigt haben, sind uns nicht bekannt. Seit 1997 gibt es im Baureglement die „Zone mit Planungspflicht Nr. 27“. Sie beschreibt die baulichen Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Bahnhofareal. Aus dem Finanzplan erfahren wir nur über eine Velostation, die der Gemeinde - aus unsere Sicht - auf keinen Fall wiederkehrende Aufwände und neue Probleme bringen darf. Dürften Arbeitslose in Ostermundigen tatsächlich nur Tätigkeiten ausführen, die kein Gemeindepersonal konkurrieren, die Privatwirtschaft aber schon? Private Hauslieferdienste gibt es schon lange. Geschäfte, die Velos reparieren, auch.
- Der Wechsel der Verwaltungslokalitäten von der Poststrasse 6 zum Tell, was wir übrigens bereits vor vielen Jahren vorgeschlagen hatten, kann der Gemeinde hohe Einnahmen bringen, aber auch hohe Ausgaben. Bei angenommenen über 20 Mio. Franken Baukosten (inkl. Gross-Saal mit optimaler Ausrüstung und kleinen Sälen und einer Küche) müssten die wiederkehrenden Kosten zwangsläufig von den Besitzern oder Mietern getragen

werden. Falls - entgegen unseren Zielen - die ganze Verwaltung zwingend zu zentralisieren ist, wären für die Gemeinde hohe zusätzliche Einnahmen oder Erträge oder grosse Minderaufwände ein Muss.

- Man könnte meinen, die ehemalige Kartonfabrik stehe auf Ostermundiger Boden. Vermutlich ist das Wasser der Worble und jenes vom Riedlibach bei der Kartonherstellung gebraucht worden. Wir möchten darum erfahren, warum Ostermundigen an die Verlegung der Worble auf die andere Seite der Bahnlinie überhaupt mit zahlen soll. - Herr Müller denkt ja auch an attraktive Wohnungen. Vermutlich müsste er das Gebäude abreissen. Die Worble könnte dort - statt unter der Kartonfabrik - neu in einem Naturbachtbett fliessen. Vorausgesetzt, dass Stettlen nicht mehr als die zulässige Anzahl Kubikmeter Wasser Richtung Deisswil fliessen lässt. Weiss man bereits, wann die Gemeinde Stettlen soweit ist? Könnte inzwischen mit dem Dammbau begonnen werden. Vielleicht wäre es für den Kanton und den ÖV auch noch sinnvoll, gleichzeitig den Bahnübergang beim Bahnhof Deisswil zu beseitigen und die Doppelspur für die RBS - bei ebenfalls wachsender Passagiermenge - in die Überlegungen mit einzubeziehen.
- Interessant ist, dass es bei den Spezialfinanzierungen „Wasser“ und „Abwasser“ im letzten Finanzplanjahr keine Investitionen gibt. Geschätzte Beträge wären mindestens nötig.
- Wann will der Gemeinderat die Rechnung der „Feuerwehr“ sanieren? Als Ausgleich sollte er die Kehrichtgebühren senken.

Fazit: Die Finanzpläne müssen von der wahrscheinlichen Ertragsseite ausgehen. Genau wie in einer Familie, die nur den aktuellen Lohn kennt und von Lohnerhöhungen oder Lottogewinnen oder tieferen Krankenkassenprämien nur träumen darf. Ausser den zwingenden Investitionen dürfen nur noch solche bewilligt werden, welche die Betriebsrechnung mit Sicherheit spürbar positiv beeinflussen.

Der Kanton darf keine weiteren Steuersenkungen beschliessen, die sich auf die Gemeinden negativ auswirken. Er darf auch keine neuen Aufgaben an die Gemeinden delegieren, ohne gleichzeitig das nötige Geld für die Aufwände mitzuliefern.

Weil wir im neuen Finanzplan keine nachhaltigen Verbesserungen sehen, lehnen wir auch diese zweite Vorlage ab.

Jacques Biner (SP): Der Finanzplan des Steuerhaushaltes schliesst besser als geplant ab - zum grössten Teil dank des besseren Rechnungsabschlusses 2011. Die Vorgaben sind eingehalten worden:

- Sparmassnahmen im Sachaufwand (fast einzige Manövriermasse) und Personal;
- Erkenntnisse sind berücksichtigt: die Steuer der natürlichen Personen sind tiefer geschätzt;
- ab 2016 ein positives Ergebnis;
- Eigenkapital nicht unter 1 Steuerzehntel.

Trotzdem bleibt ein Finanzplan ein Finanzplan resp. ein Steuerungsinstrument. Alles ist Zukunftsmusik. Bleiben wir dran, weil die allgemeine Finanzlage nicht so rosig ist und die Erholung noch nicht in Aussicht steht.

Bruno Grossniklaus (SP): Nach dem Aktenstudium kann festgestellt werden, dass der Gemeinderat sich um die finanziellen Verbesserungen der Gemeinde Ostermundigen bemüht. Es liegt auch an uns Parlamentsmitgliedern, in diesem schwierigen Umfeld ein gewisses Fingerspitzengefühl an den Tag zu legen. Es bedingt das Vertrauen des Parlamentes gegenüber der Exekutive.

Beat Leumann (FDP): Ich habe den Finanzplan studiert. Meine Ausführungen werden vielleicht zu einem gewissen Kopfschütteln resp. Nachdenken führen:

Im Finanzplan werden an zwei Orten Frankenbeträge (Fr. 30'000.-- + 630'000.--) für die Fuss- und Radwege erwähnt. Tatsache ist, dass die Velofahrenden keine Verkehrssteuern bezahlen. Wieso diese Verkehrsteilnehmenden keine Steuern zu leisten haben, entzieht sich meiner Kenntnis. Die Velovignetten werden neuerdings abgeschafft. Der jährliche Betrag von Fr. 5.-- ist nicht mehr zu entrichten. Viele Velofahrende - ob jung oder alt - sind schlecht versichert. Dieser Sachverhalt wird sich kürzer oder später auf die Sozialversicherungen niederschlagen. Auch die Gemeinde Ostermundigen wird in diesem Zusammenhang früher oder später in den Geldbeutel greifen müssen. Sämtliche Velofahrende sollten versichert sein.

Departementsvorsteherin Finanzen/Steuern Ursula Lüthy (Grüne): Ich habe viel Skepsis (und einmal sogar Ablehnung) zum vorliegenden Finanzplan vernommen. Doch grundsätzlich ist das Parlament bereit, dem Geschäft zuzustimmen. Ich möchte mich noch zu einigen Allgemeinheiten äussern. Stefan Lanz kann dann zum Thema "Steuern bilden" Auskunft geben.

Beim Finanzplan handelt es sich um einen "Plan" und nicht um erledigte Sachen. Es wird in Prioritäten 1, 2 und 3 unterschieden. Die meisten geplanten Investitionen sind mit der zweiten Priorität versehen, d. h. eine Investition ist vorgesehen, aber noch nicht vom finanzkompetenten Organ beschlossen worden.

Der Finanzplan 2012 bis 2016 fällt besser aus, da auch die Gemeinderechnung 2011 besser ausgefallen ist (siehe vorangehendes Traktandum Nr. 32). Die Steuererträge der natürlichen Personen haben im Jahre 2011 gegenüber dem Budget zugenommen. Die Steuererträge wurden wie in den letzten Jahren um rund Fr. 300'000.-- nach unten korrigiert.

Wie Jacques Biner (SP) und Raphael Rutschi (FDP) erwähnten haben, handelt es sich beim Finanzplan um ein Arbeitsinstrument mit rollender Planung. In den Finanzplan fliessen fast täglich Veränderungen ein. Manchmal sind die Änderungen erfreulich und manchmal weniger erfreulich. Der nächste Finanzplan kann schon wieder bessere Zahlen offenbaren.

Auf eine Änderung möchte ich aufmerksam machen, welche im Protokoll der GGR-Sitzung vom 16. Februar 2011 bereits erwähnt ist: Der Umbau der Tagesschule Bernstrasse kostet die Gemeinde Ostermundigen 1,5 Mio. Franken und ist neu der Prioritätsstufe 1 zugeordnet worden. Im alten Finanzplan waren lediglich Fr. 620'000.-- vorgesehen. Das Parlament hat diesem Geschäft zwei Monate nach der Verabschiedung des Finanzplans im Dezember 2011 zugestimmt. Das ist ein Beispiel einer Belastung, wo die Gemeinde Ostermundigen mehr Geld als vorgesehen investieren muss. Auch bei den Kindergartensanierungen sind höhere Beiträge vorgesehen. Diese Beispiele zeigen die rollende Planung des Finanzplans deutlich auf.

Eine Entlastung ist grundsätzlich das Geschäft "Verwaltungszentrum Poststrasse 6". Bei der Erstellung des vorliegenden Finanzplans ist die Verwaltung davon ausgegangen, dass das neue Verwaltungszentrum an der Poststrasse errichtet wird (Stand des Wissens). In der Zwischenzeit wurde der Standort Poststrasse 6 vom Gemeinderat als nicht realisierbar taxiert. Diese Mutation ist in den vorliegenden Finanzplan nicht eingeflossen.

Ich bin froh, dass die Mehrheit des Parlamentes das Meccano eines Finanzplanes erkannt hat und diesem zustimmen wird.

⁴⁾

Finanzverwalter Stefan Lanz: Eine Anmerkung zum Votum Walter Bruderer (FORUM) wieso Differenzen zwischen den Steuern und dem Budget 2012/Finanzplan Differenzen bestehen: Die Steuererträge der natürlichen Personen mussten im neuen Finanzplan nachträglich um Fr. 600'000.-- zurückgesetzt werden. Die neue Basis musste nachträglich angepasst werden.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen zum Finanzplan 2012 bis 2016 mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 26 zu 5 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Der Finanzplan für die Jahre 2012 bis 2016 (Ausgabe II) wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - - viertelstündige Pause - - - - -

⁴⁾ Chris Schröer verlässt um 19.40 Uhr die Sitzung. Es sind noch 33 Ratsmitglieder anwesend.

42.2.75 Wasserverbund Region Bern AG (WVRB)

34. Wasserverbund Region Bern AG (WVRB AG): Änderung des Partnerschaftsvertrags; Genehmigung

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Departementsvorsteher Gemeindebetriebe Synes Ernst (CVP): Ich möchte meine Einschätzungen zu diesem Geschäft bekannt geben:

Der WVRB ist keine staatliche Organisation, welche vor 200 Jahren ins Leben gerufen worden ist und keine Veränderungen erfahren hat. Der WVRB hat sich weiterentwickelt. Die Voraussetzungen dazu liegen im letzten Jahr geänderten Partnerschaftsvertrag. Eine Aktienkapitalerhöhung musste vorgenommen werden.

Wir alle können vom Neueintritt der Wasserversorgungsgenossenschaft Meikirch-Uetligen zum WVRB nur profitieren. Die Wasserversorgungsgenossenschaft Meikirch-Uetligen ist auf der Suche nach einem neuen Partner, um die Wasserversorgung in ihrem Gebiet weiterhin vorbehaltlos gewähren zu können. Der WVRB hat die Anfrage der Wasserversorgungsgenossenschaft Meikirch-Uetligen geprüft und als sinnvoll befunden. Die WVRB-Gemeinden profitieren davon, dass die zweiseitige Wasserleitungserschliessung mit dem Beitritt verstärkt wird. Auch die Gemeinde Ostermundigen wird von zwei Seiten mit Wasser erschlossen: Einmal ab dem Mannenberg und einmal von der Stadtleitung via Pumpwerk Freibad. Die Gemeinde Ostermundigen profitiert mit dem Beitritt der Wasserversorgungsgenossenschaft Meikirch-Uetligen in Bezug auf die Wasserqualität: Unser Wasser wird in Zukunft weniger kalkhaltig sein. Bis eine Verbesserung des kalkhaltigen Wassers feststellbar wird, muss eine mindestens einjährige Übergangszeit in Kauf genommen werden.

Auch die Gemeinde Wohlen benötigt einen zweiten Wasseranschluss. Wenn der WVRB diesen Anschluss erstellen und finanzieren müsste, so fielen die Erstellungskosten höher aus, als ein Beitritt der Wasserversorgungsgenossenschaft Meikirch-Uetligen kosten wird.

Der WVRB ist eine gut errichtete Organisation: Erstens sind alle Anlagen in Ordnung und zweitens sind die Finanzen in Ordnung. Aus diesem Grund kann dem Modell der zukünftigen Entwicklung des WVRB zugestimmt werden. Dem WVRB dürfen nur Partner beitreten, welche ihre Anlagen ordnungsmässig unterhalten. Ein Beitritt zum WVRB soll für die Genossenschaftler ein Nullsummenspiel sein. Alle Beitretenden müssen ihre Anlagen in Eigenregie unterhalten. Anschliessend müssen 2/3 aller Genossenschaftler dem Beitritt zustimmen.

Walter Bruderer (FORUM): Verdankenswert ist, dass die alten Reservoirs vom Wasserverbund Region Bern nicht mehr übernommen werden. Sofern Gemeinderat Synes Ernst und Marc Sterchi massgeblich dafür gesorgt haben, richtet sich der Dank des FORUMS primär an sie.

Beat Weber (SVP): Die SVP-Fraktion kann dem gemeinderätlichen Antrag vollumfänglich zustimmen.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen zur Änderung des Partnerschaftsvertrags mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Der Beteiligung der Wasserversorgungsgenossenschaft Meikirch-Uettligen und Umgebung (WVGM) an der WVRB AG per 1. Januar 2013 wird unter folgenden Bedingungen zugesagt:

- a. Die WVGM tritt dem Partnerschaftsvertrag bei.
- b. Es wird ein Kaufvertrag über Fr. 3'518'078.-- und ein entsprechender Darlehensvertrag für die Primäranlagen abgeschlossen.
- c. Die Genossenschaft verpflichtet sich, Aktien im Wert von Fr. 800'000.-- Nominalwert aus den Beständen der WVRB AG zu kaufen.

42.2.42 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung
42.3.42 Abwasseranlagen; Öffentlich, Neuerstellung (früher 42.3.12)

35. UeO Nr. 6 "Grube": Erschliessung Wasser und Abwasser; Bewilligung eines Nachkredits

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteher Gemeindebetriebe Synes Ernst (CVP): Diesem Geschäft resp. der Erschliessung der Küntigrube geht eine lange Vorgeschichte voraus. Zweck der Vorlage ist es, dass diese lange Geschichte nicht zu einer unendlichen Geschichte wird! Eine sorgfältige Erschliessung wird, unabhängig was in der Küntigrube vorgesehen ist, an die Hand genommen. Als weiteres darf keine Mehrbelastung der bestehenden Leitungen im Bereich Wegmühlegässli/Lötschenbach zugelassen werden. Eine Entlastung durch den UeO-Perimeter darf nicht mehr weiter verzögert werden. Die Unsicherheiten in Bezug auf die Realisierung der Vorhaben seitens der Bauherrschaft Küntigrube haben die Gemeinde Ostermundigen im Zusammenhang mit der Erschliessung Oberfeld unter Zeitdruck gestellt.

Wenn die Bauherrschaften Künti/Marazzi bauen, so stehen sie in der Pflicht, die Erschliessungsstrasse durch die Grube zu realisieren. Die Verlegung der Werkleitungen in die Erschliessungsstrasse wäre für alle Beteiligten die beste Lösung gewesen. Es ist immer noch ein Ziel der Abteilung Gemeindebetriebe, die Leitungen in die Erschliessungsstrasse zu verlegen. Doch wenn die Bauherrschaften Künti/Marazzi nicht bauen, dann muss die Gemeinde Ostermundigen, wie in der vorliegenden Botschaft beschrieben, die Erschliessung vornehmen. Diese Variante fällt teurer aus, da die Werkleitungen an den Rand der Grube verlegt und dementsprechend gesichert werden müssen.

Der in der Botschaft auf Seite 9 abgebildete Zeitplan muss eingehalten werden, da im Gebiet Oberfeld mit den Überbauungen begonnen wurde. Für das Regenwasser besteht eine Versicherungspflicht. Mit der etappenweisen Erschliessung des Oberfeldes kann auch die Erschliessung durch die Grube mit zeitlicher Verzögerung in Angriff genommen werden. D. h. das voraussichtliche Bauende von November 2012 könnte ins nächste Jahr verschoben werden. Doch das Parlament sollte dem Nachtragskredit bereits heute zustimmen, damit die Gemeindebetriebe für die Erschliessung der Wasser- und Abwasseranlagen durch die Grube startklar ist.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Ich möchte das Parlament nochmals darauf aufmerksam machen, dass beim vorliegenden Geschäft der Nachkredit und nicht das Thema "Grube" im Vordergrund steht. Der Gemeindepräsident wird uns unter Traktandum Nr. 38 über den Stand des Geschäftes "Küntigrube" orientieren.

Eduard Rippstein (CVP): Wir werden dem Geschäft zustimmen, doch wir werden noch einen Zusatzantrag einbringen. Hier handelt es sich einmal mehr um ein sogenanntes "Marazzi-Geschäft": Die Bauherrschaft unterzeichnet den Infrastrukturvertrag, doch mit den Bauausführungen lässt sie auf sich warten.

Uns ist eine Bemerkung auf Seite 8 der Botschaft - Kapitel 2.5.4 Allgemeine Massnahmen aufgestossen: *...der japanische Knöterich in der Grube ausgebreitet. Diese Neophyten bedingen Baumassnahmen...* und verursachen Mehrkosten von ca. Fr. 115'000.--. Durch die Bauverzögerung konnte sich dieser Knöterich ausbreiten. Die CVP-Fraktion ist nicht bereit, diese Mehrkosten zu tragen. Wir stellen den **Änderungsantrag Nr. 1** für eine zusätzliche Beschlusseziffer die lautet:

2. *Die Mehrkosten für die Entsorgung der Neophyten werden zum Teil den Grundbesitzern übertragen.*

Wenn die Firma Marazzi nicht zu ihrem Gelände schaut, so soll sie wenigstens den Schaden übernehmen.

Jakob Weishaupt (SP): Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion kann dem Nachkredit zustimmen. Wir haben noch zwei Bemerkungen zum Geschäft:

- Die Darstellung der Mehrwertsteuer in der ersten Phase ist nicht klar nachvollziehbar. Beim Wasser wird kein Betrag ausgewiesen und beim Abwasser wird ein Mehrwertsteuerbetrag ausgewiesen.
- Durch eine gewisse Verzögerungstaktik seitens Grundeigentümerschaft lässt sich die Gemeinde Ostermundigen an den Rand drücken. Jetzt müssen wir das "Notfallrecht" anwenden, um rechtzeitig mit den Erschliessungsanlagen fertig zu sein.

Walter Bruderer (FORUM): Es ist kaum zu begreifen, dass dieser Nachtragskredit nötig geworden ist. Wir können nicht verstehen, dass eine Bauherrschaft, die bereits ein Bauprojekt aufgegleist hatte, die Gemeinde derart lange über die weitere Entwicklung im Ungewissen lässt. Widerwillig müssen wir heute dem Nachkredit zustimmen, damit wenigstens die Oberfeldüberbauungen nicht gebremst werden. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass auch der Kreiselbau von der Bauherrschaft zu erstellen und zu finanzieren ist.

Gerhard Zaugg (SVP): Die Erschliessungsleitungen müssen im Zusammenhang mit der Überbauung Oberfeld realisiert werden. Aus diesem Grund stimmt die SVP-Fraktion dem Geschäft zu.

Lucia Müller (SVP): Ist die Entlastungsstrasse durch die Küntigrube noch aktuell resp. steht die Gemeinde Ostermundigen mit der Grundeigentümerschaft diesbezüglich in Kontakt? Je nachdem die Antwort seitens Grundeigentümerschaft ausfällt, erfährt die Gemeinde Ostermundigen wie sie erschliessungstechnisch vorzugehen hat.

Christian Zeyer (SP): Die Investoren benötigen in der Gemeinde Ostermundigen verlässliche Rahmenbedingungen. Dazu gehört, dass Dinge, die abgerissen werden müssen, auch abgerissen werden können. Es ist an der Zeit, dass die Angelegenheit an die Hand genommen wird. Im Oberfeld wird tatsächlich gebaut.

In der Küntigrube wurde nicht alles so vorbereitet, wie von der Grundeigentümerschaft versprochen worden ist. Dieser Sachverhalt ist für uns Investoren im Oberfeld ein Ärgernis! Es ist für uns wichtig, dass die Abwasserleitungen richtig funktionieren und wir bitten die Parlamentsmitglieder, dem Nachkredit zuzustimmen.

Gleichzeitig möchte ich noch erwähnen, dass zu verlässlichen Rahmenbedingungen auch das Bezahlen von Missständen durch den Verursachenden gehört. Der japanische Knöterich darf sich auf unserem Gemeindegebiet nicht ausbreiten. Die Kosten für die Entfernung sind durch die Grundeigentümerschaft zu bezahlen. Auch der Abbruch des alten Betonbaus ist von der Grundeigentümerschaft vorzunehmen und zu finanzieren. Aus diesem Grund stelle ich den **Änderungsantrag Nr. 2** für eine zusätzliche Beschlusseziffer:

2. *Der Gemeinderat sorgt dafür, dass der Grundeigentümer die Kosten für die Baumassnahmen übernimmt, die er in jedem Fall ausführen würde (Entfernung Knöterich, Abbruch alte Betonbauten).*

Departementsvorsteher Gemeindebetriebe Synes Ernst (CVP): Besten Dank für die wohlwollenden Voten. Zum Änderungsantrag Nr. 1 von Eduard Rippstein (CVP) und Änderungsantrag Nr. 2 von Christian Zeyer (SP) möchte ich erwähnen, dass der Gemeinderat bereit ist, diese Formulierung in den Beschluss aufzunehmen. Mit diesem Sachverhalt kann der Gemeinderat gegenüber der Grundeigentümerschaft Druck ausüben.

Zur Mehrwertsteuer: Die Wasserleitungen sind nicht im Nachkredit, d. h. auch keinem Mehrwertsteuerbetrag unterlegen. Beim Abwasser ist für den Betrag des Nachkredits der Mehrwertsteuerbetrag vorgesehen. Im ersten Kredit sind die Mehrwertsteuerbeträge "Abwasser" sowie "Wasser" berechnet worden. Jetzt wird nur noch die Mehrwertsteuer von Fr. 59'922.50 für den "Nachkredit Abwasser" erhoben.

Werden die Verhandlungen zwischen dem Gemeinderat und der Marazzi AG geführt? Der Gemeindepräsident wird über die Gespräche mit der Grundeigentümerschaft informieren.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Anfangs April 2012 wurde eine Änderung der UeO "Grube" im geringfügigen Verfahren im Anzeiger Region Bern amtlich publiziert. Das ist ein Hinweis dafür, dass seitens Bauherrschaft Bauabsichten bestehen.

Anfangs Jahr wurde bei der Abteilung Hochbau eine Voranfrage für eine Nutzungsverschiebung deponiert. Die gesamte Nutzung soll gleich bleiben und so konnte das als "geringfügige Änderung" publiziert werden. Die Publikationsfrist ist ohne Einsprachen abgelaufen und der geringfügigen Änderung steht nichts mehr im Wege. Die Bauherrschaft hat uns in Aussicht gestellt, dass bis Mitte Jahr 2012 ein Baugesuch eingereicht werden soll. Die hat gewisse Fragen bei den Bauabteilungen ausgelöst. Die Baustellenzufahrt hat über die zu erstellende Erschliessungsstrasse zu erfolgen. Das ist Gegenstand des Infrastrukturvertrags. Weiter soll nach dem Bezug der ersten Bauetappe die Baustellenzufahrt über die neue Strasse erfolgen. Können in diesem Zusammenhang nicht die Werkleitungen verlegt werden resp. kann mit deren Verlegung rund zwei Jahre zugewartet werden? Die Gemeindebetriebe haben eine Möglichkeit für die Überbrückung vorgeschlagen. Die Verhandlungen mit der Grundeigentümerschaft wurden aufgenommen und es werden weitere Verhandlungen in Zusammenhang mit den Erschliessungsanlagen notwendig sein. Die Erschliessungsstrasse soll nach deren Erstellung in Eigentum der Gemeinde Ostermundigen übergehen. Die beiden Änderungs-

anträge können in die Verhandlungen einfließen. Das Ergebnis der Verhandlungen ist noch ausstehend.

Für meinen Geschmack ist in der Debatte zu oft der Name "Marazzi" erwähnt worden. Der Sachverhalt ist nicht aktuell: Nach wie vor sind die Gebrüder Künti Eigentümer des Landes. Der Anbindungsvertrag, welcher mit der Firma Marazzi abgeschlossen worden ist, wurde in der Zwischenzeit an die Firma Losinger AG überbunden.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Somit können wir über die beiden Änderungsanträge die Abstimmung vornehmen. Ich zitiere nochmals den Text der beiden Änderungsanträge für eine zusätzliche Beschlussziffer Nr. 2:

Änderungsantrag Nr. 1 - E. Rippstein (CVP)

2. *Die Mehrkosten für die Entsorgung der Neophyten werden zum Teil den Grundbesitzern übertragen.*

Änderungsantrag Nr. 2 - Ch. Zeyer (SP)

2. *Der Gemeinderat sorgt dafür, dass der Grundeigentümer die Kosten für die Baumassnahmen übernimmt, die er in jedem Fall ausführen würde (Entfernung Knöterich, Abbruch alte Betonbauten).*

Eduard Rippstein (CVP): Um das Verfahren zu vereinfachen, ziehe ich meinen Änderungsantrag Nr. 1 zurück.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Somit hat das Parlament noch über den Änderungsantrag Nr. 2 von Christian Zeyer (SP) zu befinden.

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 2 von Christian Zeyer (SP) wird einstimmig genehmigt.

Nun können wir die Schlussabstimmung vornehmen. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Für die Erstellung der Erschliessungsleitungen Abwasser im Zusammenhang mit der Überbauungsordnung Nr. 6 „Grube“ wird zu Lasten der Investitionsrechnung der Abwasserentsorgung ein Nachkredit von Fr. 810'000.-- (inkl. MWSt.) bewilligt.
2. Der Gemeinderat sorgt dafür, dass der Grundeigentümer die Kosten für die Baumassnahmen übernimmt, die er in jedem Fall ausführen würde (Entfernung Knöterich, Abbruch alte Betonbauten).

10.3.74 Interpellation
10.22.0.01 Baurechtliche Grundordnung „Oberfeld“ (früher: 10.2201)

36. Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Infrastrukturvertrag "Oberfeld"; schriftliche Beantwortung

Wortlaut

Am 23.6.2005 behandelte das Parlament einen umfassenden Infrastrukturvertrag, der die Gemeinde Ostermundigen sowie die Stadt Bern und die Grundeigentümer verpflichtet hat. In diesem Vertrag wurden zwischen den Partnern hohe zu bezahlende bzw. anzurechnende Summen vereinbart.

Da inzwischen wesentliche Vorbereitungen für den Wohnungsbau stattgefunden haben, ist es angesichts der Finanzlage der Gemeinde zweckmässig, Konkretes über den aktuellen Stand aller seinerzeit beschlossenen Abmachungen zu erfahren.

Fragen

1. Sind alle im Infrastrukturvertrag erwähnten Abmachungen nach wie vor gültig? Wann sind sie ggf. realisiert worden bzw. wann werden sie in welcher Betragshöhe erfolgen?
2. Wird das Sauberwasser der neuen Siedlungen auf dem Oberfeld ebenfalls der Versickerungsanlage Oberfeld - geplante Baukosten ca. Fr. 900'000.-- zugeführt? Wie wurden/werden diese Kosten (in welcher Höhe) auf welche Sauberwasser-Lieferanten aufgeteilt?
3. Wie hoch werden die Kosten aus heutiger Sicht anfallen für die Erschliessung aller neuen Oberfeld-Gebäude betr. Strassen und Leitungen (Wasser, Abwasser, Regenwasser, Strom, Gas, TT) usw.?
4. Wer bezahlt die Kosten für die nur schwach benützte Baupiste (Schiessplatzweg - Oberfeld-Bauareal)? Wer bezahlt die Aufforstung sowie den Bau und Unterhalt des neu erstellten Fussweges zwischen dem Rütieweg und dem Oberfeldweg (in welcher Betragshöhe)?
5. Wann wird der direkte, ungefährliche Weg (Schule, Spazieren, Velos, Einkäufe) zwischen dem Rütieweg und dem Flurweg/Oberfeldweg wieder geöffnet? Warum wurde er überhaupt geschlossen? Die Ab- und Zufuhr von Erde fand ja - entgegen der Planung - nahezu ausnahmslos via Rütieweg statt?
6. Wie viel haben die Bauherrschaften für die mehrjährige Benützung von Oberfeld-Gemeindeland für Bauzwecke (z. B. für Materialablage, Container-Standort) vermutlich zu bezahlen?

sig. W. Bruderer, E. Schaller, M. Schenk, R. Rüfli, T. Bendoza

Beantwortung des Gemeinderates

Zu Frage 1

Der Infrastrukturvertrag zwischen der Stadt Bern als damalige Eigentümerin und der Gemeinde Ostermundigen vom 3. Oktober 2003 hat nach wie vor seine Gültigkeit. Die Rechte und Pflichten sind, bis auf die Finanzierung der gemäss Vertrag eingegangenen Verpflichtungen der Kostentragung durch die Stadt Bern, an die neuen Bauherrschaften überbunden worden.

Die Planungsarbeiten sind zum grossen Teil abgeschlossen und die Bauarbeiten haben mit dem Spatenstich am 17. November 2011 begonnen. Gemäss erwähntem Infrastrukturvertrag werden die Kosten der Basiserschliessung (Strassen) zu 30 % der Gemeinde belastet und 100 % der Detailerschliessung inklusive den Hausanschlussleitungen gehen zu Lasten der Grundeigentümer. Die Finanzierung der öffentlichen Werkleitungen Wasser- und Abwasser gehen gemäss Infrastrukturvertrag voll zu Lasten der Spezialfinanzierungen „Wasser und Abwasser“ der Gemeinde. Da das Land bereits durch die Stadt Bern verkauft wurde, sind nun die neuen Grundeigentümer Besitzer des Oberfeldes. Die im Infrastrukturvertrag geregelten Kosten sind aber nach wie vor durch die Stadt Bern zu tragen, da die Erschliessung nicht „verkauft“ wurde. Dazu hat die Stadt Bern einen Kredit von 5 Mio. Franken sichergestellt.

Die Bauarbeiten sind nun am laufen und so werden auch die Bauabrechnungen schrittweise erfolgen. Die Oberaufsicht über die gesamten Strassenerschliessungen inklusive der Detailerschliessung hat die Abteilung Tiefbau inne. So können die notwendigen Vergaben der einzelnen, kleinen Arbeits- und Bestellaufträge sowie die Kostenkontrolle aus einer Hand sichergestellt werden.

Die Erschliessungskosten für die Werkleitungen werden durch die Anschlussgebühren für Wasser und Abwasser mehr als wettgemacht. Über Fr. 7 Mio. Einnahmen von den Anschlussgebühren können so den beiden Spezialfinanzierungen zugewiesen werden. Aus Sicht der Gemeindebetriebe ist die Überbauung Oberfeld ein sehr gutes Geschäft, da sie in naher Zukunft einen tollen Deckungsbeitrag über die laufenden Gebührenrechnungen zu Gunsten der jährlichen Wasser - und Abwasserkosten leisten wird.

Zu Frage 2

Bei jeder neu zu erstellenden Liegenschaft muss das Sauberwasser vor Ort versickert werden. Diese Versickerungsanlagen gehen zu Lasten der Liegenschaftsbesitzer. Die Entwässerung der öffentlichen Strassen hingegen war aufgrund der verschärften Gesetzgebung ursprünglich über die ordentliche Kanalisation vorgesehen. In Anbetracht dessen, dass die öffentliche Versickerungsanlage Oberfeld sehr gut funktioniert und noch genügend Reserven aufweist, wird nun ein Grossteil des belasteten Strassenabwassers in Zukunft in diese Anlage eingeleitet und kann so gereinigt dem Grundwasser zugeführt werden. Ein kleiner Teil wird über eine Meteorwasserleitung direkt in den Lötschenbach geführt. Umweltpolitisch und wirtschaftlich ideal, da das Kanalisationsnetz nicht zusätzlich belastet wird und wertvolles Grundwasser nicht verloren geht. Die Kosten dafür werden gemäss Verteilschlüssel Basis- und Detailerschliessungsstrassen verrechnet. Damit fliesst gleichzeitig ein wertvoller Deckungsbetrag in die Spezialfinanzierung Abwasser.

Zu Frage 3

Der Kredit, vom Soverän am 25. September 2005 beschlossen, beträgt 5,5. Mio. Franken:

- für die verkehrliche Erschliessung 1,385 Mio. Franken und

- für die Wasser- und Abwassererschliessung 4,115 Mio. Franken.

Trotz inzwischen angelaufener Teuerung von mehreren Prozenten seit 2005 gehen wir davon aus, dass auf Grund der intensiven, aufwendigen Kostenoptimierung der Abteilungen Tiefbau und Gemeindebetriebe keine Kreditüberschreitungen (Stand Anfang März 2012) zu erwarten sind.

Die Erstellungskosten für die übrigen Werke (Strom, Swisscom) werden nicht der Gemeinde Ostermundigen belastet. Die Kosten dafür sind uns nicht bekannt.

Ursprünglich war vorgesehen, dass die Überbauung Gas als Heizenergie einsetzt. Aufgrund von politischen Vorstössen werden unterdessen Heizsysteme mit Alternativenergie seitens der Gemeinde massiv gefördert. In der Folge wird für die Überbauung Oberfeld kein Gas als Energieträger eingesetzt. Somit fehlt der Spezialfinanzierung „Gas“ in Zukunft ein weiterer wichtiger Deckungsbeitrag zur Entlastung der Gasrechnung. Um die alten Liegenschaften im Zentrum neu mit Gas erschliessen zu können, wird eine wichtige Transportleitung vom Gebiet Rüti durch das Oberfeld hindurch gebaut. Die Kosten dafür betragen rund Fr. 300'000.-- und müssen der Spezialfinanzierung „Gas“ zugeschlagen werden. Viele ältere Liegenschaften, die für den Einsatz von Alternativenergie nicht geeignet sind, werden in Zukunft anstelle von Öl neu Gas verwenden und somit einen wichtigen Beitrag in die Spezialfinanzierung „Gas“ leisten.

Zu Frage 4

Die Baupiste wurde für die Altlastensanierung gebaut. Die dazu erforderlichen Arbeiten sind durch die Bauherrschaft Oberfeld vorgenommen worden. Die Kosten tragen die Bauherrschaften, die Gemeinde beteiligt sich finanziell nur an den Kosten der Arbeiten, welche für den endgültigen Ausbau der Ahornstrasse erforderlich wären (z. B. Unterbau und Aushub).

Die Kosten für die Aufforstungen infolge Altlastensanierung gehen zu Lasten der Grundeigentümer. Die Gemeinde hat sich mit einer Kostenbeteiligung von Fr 840'000.-- an der Altlastensanierung verpflichtet (Volksabstimmung).

Der neu erstellte Fussweg im Wald vom Oberfeldweg bis zum Rütieweg ist durch die Bauherrschaft Oberfeld ohne Kostenbeteiligung der Gemeinde erstellt worden. Für die Fusswege ausserhalb des Oberfeldperimeters wird die Gemeinde allein die Kosten zu tragen haben, falls diese realisiert werden sollen (Finanzplan 2012-2016).

Zu Frage 5

Beim Oberfeld handelt es sich um eine der grössten Wohnbausiedlung in der Region Bern, die sich im Bau befindet. Die Fussgängerführung auf dem Areal hat während der Bauphase absolut höchste Priorität und wird durch die Abteilungen Tiefbau und Öffentliche Sicherheit zeitgerecht, dem Baufortschritt entsprechend, überprüft und wenn nötig verändert. Prima vista muss während der nun noch länger bevorstehenden Bauzeit aus Sicherheitsgründen das Oberfeld für „nicht Zubringer“ gesperrt bleiben. Die provisorische Wegverbindung zwischen Flurweg und Rütischulhaus bleibt voraussichtlich während der ganzen Bauzeit bis Ende 2013 so bestehen. Es wäre aus Sicherheitsgründen absolut unverantwortlich, Schulkinder quer durch den Bauplatz Oberfeld zu führen.

Zu Frage 6

Da sich das ganze Oberfeld, ausser den Sportplätzen, nicht im Eigentum der Gemeinde befindet, kann nicht nachvollzogen werden, weshalb irgendjemand der Gemeinde eine Entschädigung zu entrichten hat. Es gibt dazu keine Grundlage.

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Die schriftliche Beantwortung der Interpellation wurde den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt.

Walter Bruderer (FORUM): Ich danke dem Gemeinderat für die informative Beantwortung.

10.3.75 Einfache Anfrage
30.1.11 Baugesuche

37. Einfache Anfrage L. Müller (SVP) betreffend "Zimmermannhaus" (ehemaliges Bauernhaus an der Unteren Zollgasse), aktuelle Nutzung; schriftliche Beantwortung

Wortlaut

Seit einiger Zeit steht das Bauernhaus an der Unteren Zollgasse leer, der Bauernbetrieb hat bereits vor Jahren den Betrieb aufgegeben. Nun stellt der Beobachter fest, dass seit einigen Wochen auf dem Gelände Industriefahrzeuge abgestellt sind, nicht unbedingt ein Anblick, der zu einem Bauernbetrieb passt und auch keiner, der in einer Landwirtschaftszone üblich sein dürfte.

Fragen

1. Hat der Gemeinderat Kenntnis von der Umnutzung des Areals?
2. Sind alle geltenden Richtlinien für Landwirtschaftszonen im Kanton Bern mit dem Abstellen dieser grossen Fahrzeuge eingehalten?
3. Nach Informationen dritter hatte sich ein Tierarzt für diese Liegenschaft interessiert. Dieser wollte dort seine Praxis einrichten und plante Pferdehaltung. Diesem sei keine Bewilligung erteilt worden mit der Begründung der Landwirtschaftszone. Ist nun die aktuelle Nutzung landwirtschaftlicher als Pferdehaltung und Tierarztpraxis?
4. Wird überwacht, dass keine Gefährdung von Grundwasser durch die Lagerung von Benzinbetriebenen Fahrzeugen auf dem Areal entstehen kann?

sig. Lucia Müller (SVP)

Beantwortung des Gemeinderates

Zur Vorgeschichte:

Im Januar 2011 hat der Regierungstatthalter entschieden, dass die Parzelle Nr. 1058 an der Unteren Zollgasse 41 nicht dem bäuerlichen Bodenrecht unterstellt ist. Somit war es der Erbgemeinschaft Zimmermann möglich, die Liegenschaft an einen Nicht-Landwirt oder eine Nicht-Landwirtin zu verkaufen. Offenbar ist die Liegenschaft Mitte 2011 verkauft worden.

Der Entscheid des Regierungstatthalters ändert nichts an der Tatsache, dass das Areal in der Landwirtschaftszone liegt und die entsprechenden baupolizeilichen Vorschriften zur Anwendung kommen.

Die heutige Bauherrschaft hat sich bereits 2010 - vor dem Kauf der Liegenschaft - bei der Abteilung Hochbau erkundigt, wie die Liegenschaft in Zukunft genutzt werden könnte. Mit Brief vom 24. Februar 2010 hat die Abteilung die Bauherrschaft darüber informiert, dass sich die Liegenschaft in der Landwirtschaftszone befindet und die vorgesehene gewerbliche Nutzung nicht zonenkonform ist.

In der zweiten Jahreshälfte 2011 stellte die Abteilung Hochbau bauliche Aktivitäten fest. Der Bauherrschaft wurde am 21. November 2011 das Rechtliche Gehör gewährt, mit der Bitte um eine schriftliche Stellungnahme bis am 23. Januar 2012. Zwischenzeitlich erfolgten weitere Kontakte zwischen der Bauherrschaft und der Abteilung Hochbau. Die Bauherrschaft wurde darauf aufmerksam gemacht, dass der grösste Teil der beabsichtigten Bauvorhaben nicht bewilligungsfähig ist.

Am 16. März 2012 reichte die Bauherrschaft ein Baugesuch ein, die Baupublikation erfolgte im Anzeiger Region Bern vom 4. April 2012. Im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens wird eine Stellungnahme seitens des Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR) bezüglich Bauen in der Landwirtschaftszone eingeholt.

Zurzeit wird das Baugesuch bearbeitet. Der Gemeinderat will hier keinen Entscheid vorwegnehmen; gemäss dem aktuellen Stand der Bearbeitung zeichnet sich ab, dass die von der Abteilung Hochbau gegenüber der Bauherrschaft gemachten Angaben richtig waren, d. h. der grösste Teil der beabsichtigten Bauvorhaben scheint nicht bewilligungsfähig zu sein.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Der Gemeinderat hat Kenntnis vom Baugesuch und damit von den Umnutzungsabsichten der Bauherrschaft.
2. Fahrzeuge dürfen in jeder Zone abgestellt werden, falls der Abstellplatz für diesen Zweck bewilligt worden ist. In welchem Umfang Fahrzeuge auf der Parzelle Nr. 1058 abgestellt werden dürfen, wird im Rahmen des laufenden Baubewilligungsverfahrens abgeklärt.
3. Eine Tierarztpraxis gilt als Gewerbe und kann deshalb in der Landwirtschaftszone nicht bewilligt werden. Bei der angesprochenen Anfrage bestand jedoch nicht die Absicht, eine Tierarztpraxis einzurichten. Ein Tierarzt wollte hobbymässig Pferde halten und züchten. Diese Nutzung wäre zonenkonform gewesen und die Abteilung Hochbau hat den Interessenten auch so informiert. Warum er die Liegenschaft nicht erwerben konnte oder wollte, entzieht sich den Kenntnissen des Gemeinderats.
4. Vgl. Frage 2

Ratspräsident Michael Werner (FDP): Die schriftliche Beantwortung der einfachen Anfrage wurde den Parlamentsmitgliedern vorgängig zugestellt.

Lucia Müller (SVP): Besten Dank für die Beantwortung.

42.2.42	Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung
42.3.42	Abwasseranlagen; Öffentlich, Neuerstellung (früher 42.3.12)
20.3.31	Rechnungsprüfung, Revision
30.4.60	Saalbau Tell
30.4.61	Restaurant Tell

38. Orientierungen des Gemeinderates

a. Küntigrube; Stand des Geschäftes

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Siehe mein Votum unter Traktandum Nr. 35 (UeO "Grube: Erschliessung Wasser- und Abwasser; Bewilligung eines Nachkredits").

b. Bericht ROD vom 1. Mai 2012

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ende Februar musste ich das Parlament darüber informieren, dass Markus Truog, technischer Sachbearbeiter bei der Abteilung Gemeindebetriebe, als Kassier von privaten Institutionen und Vereinen Gelder veruntreut hat.

Markus Truog hat seinen Vorgesetzten stets glaubhaft versichert, dass er gegenüber der Gemeinde keine Verfehlungen begangen hat. Der Gemeinderat wollte trotzdem durch Dritte überprüfen lassen, ob beim Zahlungsverkehr der Abteilung irgendwelche Unregelmässigkeiten festgestellt werden müssen. Er hat deshalb unserer Revisionsstelle, der ROD, Treuhandgesellschaft des Schweizerischen Gemeindeverbandes, den Auftrag für eine Sonderprüfung in der Abteilung Gemeindebetriebe erteilt.

An der Sitzung vom 8. Mai 2012 hat der Gemeinderat den Bericht "ROD" behandelt. Er konnte feststellen, dass die ROD keine Hinweise gefunden hat, die auf Verfehlungen hindeuten würden.

Gestützt auf die Ergebnisse der Sonderprüfung hält der Gemeinderat den Fall "Truog", soweit er die mögliche finanzielle Schädigung der Gemeinde betrifft, für abgeschlossen. Er verzichtet auf eine zeitliche Ausdehnung oder Vertiefung der Untersuchung.

c. Neues Verwaltungszentrum im TELL

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Anlässlich der GGR-Sitzung vom 15. Dezember 2011 konnte das Parlament zum Geschäft "Verwaltungszentrum Poststrasse 6" Stellung nehmen. Grundsätzlich wurde diesem Geschäft (verbunden mit Auflagen) zugestimmt. In den weiteren Verhandlungen brachte der Gemeinderat zur Kenntnis, dass auf die beiden Attikawohnungen verzichtet werden kann. Eine Reduktion des Ausbaustandards war zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, d. h. die Miete pro Quadratmeter muss reduziert werden. Der Gemeinderat hat Vorschläge mit marktüblichen Mietzinsen in der Umgebung gemacht. Die Eigentümerschaft konnte auf die Vorschläge nicht eintreten. Der Gemeinderat hat beschlossen, die Verhandlungen an der Poststrasse 6 abzubrechen.

Der Gemeinderat hat des Weiteren beschlossen, den TELL als Standort für ein neues Verwaltungszentrum weiter zu verfolgen. Es können die folgenden Vorteile geltend gemacht werden:

- Areal liegt im Eigentum der Gemeinde Ostermündigen;
- eine Neuüberbauung wurde vom Gemeinderat bereits im Jahre 2011 beschlossen;
- die Testplanung "verdichtetes Bauen" wird befürwortet;
- eine Kombination Verwaltung/Saal ist an diesem Standort problemlos möglich;
- die Kombination bringt für die Verwaltung wie für einen Saal nur Vorteile;
- die Lage ist geeignet und
- es können zwei Probleme auf einen Schlag gelöst werden: Es gibt einen Standort, welcher sich für die Verwaltung eignet und das Tellareal wird einer sinnvollen Nutzung zugeführt.

Im weiteren Vorgehen sollen die Ergebnisse der "Testplanung Tellareal" und der Beschluss des Gemeinderates an die entsprechenden Kommissionen kommuniziert werden. Eine kleine Vernehmlassung ist gleichzeitig einzuholen. Der Gemeinderat wird Mitte Juni das weitere Vorgehen festlegen und das Parlament an der nächsten Sitzung wieder orientieren.

10.3.72 Motionen
50.8.71.30 Radar

39. Überparteiliche Motion betreffend Kinderschutz durch Verkehrssicherung bei der Rütischulanlage; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird aufgefordert vis-a-vis des Rütischulhauses, am Rütieweg, eine fixe Radarstation zu installieren, um die Schülerinnen und Schüler vor Rasern zu schützen.

Begründung

Viele kleine Kinder (bis ca. dem 12. Lebensjahr) gehen in die Rütischule bzw. in den nahen Kindergarten. Um zu der Schulanlage zu gelangen müssen sie dabei den Rütieweg passieren. Nun ist dem eifrigen Beobachter des Morgenverkehrs kaum entgangen, dass viele Automobilistinnen und -mobilisten die Geschwindigkeitsbegrenzung von 40km/h nicht einhalten. Die Motionärinnen und Motionäre erachten es als problematisch, dass das Leben unserer Kleinsten fahrlässig gefährdet wird, zumal wir in den letzten Monaten in der Region Bern mehrere z. T. tödliche Unfälle hatten, weil sich die Verantwortlichen nicht an die Tempolimite hielten.

Zudem kommt die Tatsache, dass mit den nahen Fussballfeldern auch am Wochenende ein reger Fussgängerverkehr zu verzeichnen ist. Auch hier sind vorwiegend Kinder gefährdet, wenn sie ein Fussballspiel besuchen bzw. selber daran teilnehmen wollen.

Ebenso ist zu beachten, dass die Raser eine Gefährdung für all jene Passantinnen und Passanten darstellen, welche den ÖV benutzen und die Strasse überqueren müssen. Dieser Umstand wird sich in Zukunft mit der Siedlung Oberfeld noch verstärken.

Die Erfahrungen mit der fixen Radaranlage in der Nähe des Schulhauses am Dennigkofenweg belegt, dass eine solche Station zur Verkehrsberuhigung ausserordentlich beiträgt und somit auch dazu dient das Leben unserer Schülerinnen und Schüler zu sichern.

sig. A. Dogan (SP), Burkhalter H.R. (Grüne), J. Biner (SP), B. Grossniklaus (SP), Ch. Zeyer (SP), R. Rüfli (FORUM), L. Schärer (SP), B. Hirt (Grüne), M. Schenk (FORUM), E. Schaller (FORUM), N. Riesen (SP), W. Bruderer (FORUM), J. Weishaupt (SP), S. Löhner (CVP)

10.3.74 Interpellation
10.20.06 öffentlicher Verkehr

40. Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Verkehrs- und Wohnqualitätsfragen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Betr. Zürich-Kloten-Flughafen von internationaler Bedeutung - wurde auf dem Rechtsweg festgelegt, welche Bevölkerungsteile, zu ihrem gesundheitlichen Wohl und dem finanzbezogenen wichtigen Werterhalt von Eigentum, Anrecht auf finanzielle Entschädigung haben. Was den „Flughafen Belp“ betrifft, ist periodisch die Rede von einem Ausbau des Flugverkehrs, was kaum ohne Konsequenzen erfolgen kann. Ggf. könnte auch Ostermundigen von mehr Fluglärm betroffen sein.

Die Ostermundiger Bahnanwohnenden werden Tag und auch während der Nacht durch den Transport von Personen sowie mehr oder weniger gefahrlosen Gütern „beglückt“, der eher zu- als abnehmen wird. Die Gemeinde aktualisiert den Lärmkataster, der auf allfällige Lärmüberschreitungen aufmerksam macht.

Der motorisierte Transitverkehr auf Ostermundigens wichtigsten Verkehrsachsen nimmt eher zu als ab. Problemlose, leistungsfähige Entlastungsstrassen, die in der Lage wären, Transitverkehr von der Bernstrasse fern zu halten, sehen wir nicht.

Lärmprobleme haben in jeder Gemeinde einen mehr oder weniger grossen Stellenwert. Zur Erinnerung: Schiesslärm verhinderte die Überbauungen rund um den Schiessplatz (Hättenberg, Oberfeld, Oberfeldweg, Jurablickweg, Rüti).

Der öffentliche Verkehr (ÖV) hat in erster Linie den Passagieren zu dienen. Dank guter Planung und zweckmässiger Organisation des Betriebs sollen die Reisenden ihre Fahrziele rasch, sicher, oft genug sowie möglichst preisgünstig erreichen. Tarife müssen gerecht und nachvollziehbar sein sowie zur Benützung des ÖV motivieren.

Fragen

1. Wann, wie oft und wie hat sich der Gemeinderat zum Ausbau des Flughafens Belp, zu lauten Flugzeugen, mehr Flugbewegungen und neuen An-/Abflug-Routen geäussert?
2. Wann endlich wird der Strassen-Transitverkehr zwischen den Nachbargemeinden durch sinnvolle (Vor-)Signalisationen von Ostermundigens Strassen fern gehalten? Wann wird die Kapazität der Umfahrungsstrasse zwischen dem Bolligenkreisel und dem Verkehrsknoten „Schermenweg/Bolligenstrasse“ langfristig ausreichend erhöht?
3. Äussert sich der Gemeinderat zu allen Fahrplan-Entwürfen (SBB/BLS, BernMobil, RBS)? Wiederholt der Gemeinderat in seinen, hoffentlich neu zugänglichen Stellungnahmen, die Notwendigkeit für den echten Viertelstunden-Takt der S-Bahnen und zum gewünschten Halt des „Lötschbergers“ in Ostermundigen (Vergleich mit Münsingen)?
4. Hat der Gemeinderat das neue, weniger attraktive Tarifkonzept für die Inhaber von Libero-Mehrfahrtenkarten befürwortet? Wenn ja: aus welchem Grund?

5. Was hat der Gemeinderat veranlasst - unabhängig von der Tramfrage - damit die heutigen Busse der Linie 10 nicht weiterhin oft überfüllt und verspätet im Stau stehen müssen?

sig: W. Bruderer, R. Rüfli, E. Schaller, M. Schenk, T. Bendoza

10.3.74 Interpellation
10.20.06 öffentlicher Verkehr

41. Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Benützung der Bernstrasse durch den motorisierten Individualverkehr (mIV); parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Ungeachtet der Transportart (mIV, ÖV) wissen die BenützerInnen ihres Fahrzeugs (Auto, Motorrad, Bus, Tram) wahrscheinlich, was es für die anderen Strassenbenützer bedeutet, wenn diese oder sie selber im Stau stehen. Es stellt sich darum die Frage, was zu unternehmen ist, damit diese allseits unerwünschten Zustände verschwinden oder mindestens spürbar abgebaut werden.

Wären die Motorisierten überhaupt interessiert daran und - wenn ja unter welchen Bedingungen - den ÖV zu benützen? Wäre der ÖV in der Lage, alle Leute, die heute motorisiert unterwegs sind, in seinen Zügen, Trams und Bussen problemlos zu transportieren? Vermutlich trifft weder das Eine noch das Andere zu.

Eine weitere Frage drängt sich auf: Warum fahren all jene, die den ÖV benützen, nicht in ihrem eigenen Fahrzeug zur Arbeit? Warum benützen sie gleichwohl das manchmal überfüllte ÖV-Fahrzeug, obschon in vielen Fällen das eigene Auto in der Garage steht? Würden alle Passagiere, die auch ein eigenes Fahrzeug mit Motor besitzen, auf den ÖV-Transport verzichten, gäbe es vermutlich an sehr vielen Orten stehende Kolonnen. Hoffentlich will niemand einen solchen Zustand!

Fragen

1. Hat der Gemeinderat vorab die Pendler, die allein in oder auf einem Fahrzeug sitzen, je gefragt, warum sie auf ihren Fahrten zum Arbeitsplatz auf ihr eigenes Fahrzeug nicht verzichten (können oder wollen)?
2. Hat der Gemeinderat die mIV-Pendler je gefragt, warum sie jene Strassen, die für den ÖV von grosser Bedeutung sind, gleichwohl benützen?
3. Warum reserviert der Gemeinderat jene Strassen, auf denen ÖV verkehrt, nicht mit oberster Priorität für den ÖV?
4. Warum stellt der Gemeinderat bei seinem angestrebten Bevölkerungswachstum (= neue Überbauungen“) nicht gleichzeitig sicher, dass die nötigen Strassen für die rechtzeitige Trennung von Motorisiertem Individualverkehr und ÖV rechtzeitig vorhanden sind?

sig: W. Bruderer, R. Rüfli, M. Schenk, E. Schaller, T. Bendoza

10.3.75 Einfache Anfrage
10.1.31 Verwaltungsbericht

42. Einfache Anfrage H. Schoop (FDP) betreffend Ziele, Nutzen und Kosten des Verwaltungsberichts; parlamentarischer Neueingang

Ausgangslage

Aus professioneller Sicht entspricht der Bericht nicht mehr allen Anforderungen, was aus betriebs- oder verwaltungswissenschaftlicher Sicht gelehrt und erkannt worden ist. Damit wollen wir den Bericht nicht schlecht reden, sondern auf Verbesserungsmöglichkeiten verweisen. Mit Blick auf die Arbeitsbelastung in der Verwaltung - sowie das Kosten-/Nutzenverhältnis dieses Verwaltungsberichtes - habe ich folgende

Fragen

1. Welche Ziele verfolgt der Gemeinderat - nebst der Informationspflicht - mit diesem Bericht?
2. Wieso gibt es keine Einschätzungen und einen Ausblick des jeweiligen verantwortlichen Departementsvorstehers?
3. Wieso zeigt der Bericht keinen aktuellen Stand der jeweiligen Legislaturziele auf? Wie viel Arbeitsstunden werden für den Verwaltungsbericht aufgewendet?
4. Wie hoch sind die Druck- und Vertriebskosten des Verwaltungsberichts?
5. Würde es im Rahmen liegen den Rechenschaftsbericht nur alle zwei Jahre zu erstellen?

sig. Henrik Schoop (FDP)

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) Grosser Gemeinderat OSTERMUNDIGEN

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Michael Werner

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Roland Rüfli

Roger Schär